

scheint ja zur Zufriedenheit aller geklärt zu sein - wir wollen, dass die Bildung Ländersache bleibt -, aber dann muss man auch differenziert bestimmte Fragen auseinander halten, nicht direkt im Sechseck springen und die Kirche im Dorf lassen.

Wenn wir heute in einigen Bereichen dauerhaft Mischfinanzierungen haben, müssen wir darauf hinwirken, dass sie möglichst transparent sind.

Beispiele gibt es etwa im Hochschulbereich. In diesem Zusammenhang wäre eine Klärung beim Thema BAföG sinnvoll, denn der Bund beschließt die Gesetze, aber wir als Land sind teilweise an der Finanzierung beteiligt. Insofern wäre eine Regelung vernünftig, nach der derjenige, der das Gesetz beschließt, auch das BAföG komplett bezahlt, damit nicht ein anderer, sprich: das Land, immer wieder an der Finanzierung von von ihm nicht geschaffenen Gesetzen beteiligt ist.

Ein anderes Thema ist der Hochschulbau. Da wird das schon etwas schwieriger, weil nämlich dann, wenn sich der Bund aus der Finanzierung mit dem Argument, das sei Ländersache, zurückzieht, die Sorge besteht, ob wir dann mit unseren Mitteln zurechtkommen.

Bei der Forschungsförderung ist es wohl noch schwieriger. Unsere Leute in der Kommission halten es für richtig, in dem Bereich in gewisser Weise weiterhin eine gemeinsame Zuständigkeit und Verantwortung festzuschreiben, damit auch in Zukunft in allen Ländern z. B. Forschungseinrichtungen erhalten bleiben, obwohl sie insgesamt vom Bund ganz stark mitfinanziert werden.

Die Beispiele zeigen: Das ist also keine Schwarz-Weiß-Geschichte, sondern hier bedarf es einer differenzierten Herangehensweise im Einzelfall, bei der man sich mal anders entscheidet als nach der einfachen Grundregel - Herr Jostmeier, Sie hatten das gerade gesagt -: Mischfinanzierung ist immer gut, oder sie ist immer schlecht. Manchmal kann es eben auch eine differenzierte Entscheidung für eine gemischte Zuständigkeit sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte ferner die Ausführungen der Ministerin zu den Ganztagschulen unterstützen. Es war gut und richtig, dass der Bund für eine Entwicklung, die längst überfällig ist und die die CDU jahrzehntelang blockiert hat, nämlich die Beschleunigung des Ausbaus von Ganztagschulen, einen Anreiz, sprich: eine Anschubfinanzierung für Bau und Investitionen, geben will, die bei den Kommunen zu 100 % ankommen soll. Dort ist eine Abgrenzung richtig, und da hat es letztlich keine neue Mischfinanzierung gegeben, denn der Bund greift nicht in

die Zuständigkeit für Personal- und Betriebskosten ein.

Deswegen sollten Sie zugestehen, dass es ein gutes und ein wichtiges Signal der Bundesebene für die Bildungspolitik gewesen ist, was wir dankbar aufgegriffen haben.

Lassen wir also bitte die Kirche im Dorf! Die Grundsatzfrage - Bildung bleibt Ländersache - ist geklärt. Das finden wir auch richtig. Manchmal sollten aber auch bei den Fachthemen differenzierte Einzelentscheidungen getroffen werden, die im Sinne der Sache vernünftig sind.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** damit die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

- 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5490

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dieckmann das Wort.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Notwendige Veränderungen bei den Ausgaben und notwendige

Anpassungen bei den Einnahmen unseres Haushaltes 2004/2005 haben der Landesregierung Anlass gegeben, Ihnen den Entwurf eines Nachtragshaushaltes für das Jahr 2004 vorzulegen.

Der Nachtrag, den ich heute einbringe, hat zwei gegensätzlichen Zielen Rechnung zu tragen. Da ist zum einen das Ziel der Haushaltskonsolidierung, das fiskalpolitische Ziel, und da ist zum anderen das Ziel der Nachfragestützung, also ein gesamtwirtschaftliches Ziel.

Meine Damen und Herren, die deutsche Wirtschaft hat die jetzt schon drei Jahre andauernde Phase der Stagnation noch immer nicht endgültig hinter sich gelassen. Die Bundesregierung rechnet für das laufende Jahr in Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat sowie mit den führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,5 %. Der Prognosewert für das laufende Jahr bewegt sich damit jetzt am unteren Rande der noch im Herbst 2003 für möglich gehaltenen Bandbreite von 1,5 bis 2 %.

Für 2005 geht die Bundesregierung von einem realen Wachstum von rund 1,75 % aus.

Damit sind die Erwartungen an das Wachstum für beide Jahre nach unten revidiert worden, und zwar zum wiederholten Male.

Die Hauptursache für diese äußerst unbefriedigende Entwicklung ist uns durchaus geläufig. Es ist die nach wie vor schwache Binnennachfrage. Soweit Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im ersten Quartal dieses Jahres vorliegen, deuten sie auf ein Wirtschaftswachstum von real 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr hin und belegen damit eine Belebung der konjunkturellen Entwicklung.

Man muss der Ehrlichkeit halber aber auch berücksichtigen, dass wir in diesem Jahr ein Schaltjahr haben und damit ein Arbeitstag mehr zur Verfügung steht. Bereinigt man die Daten um diesen Kalendereffekt, beträgt das Wachstum im ersten Quartal lediglich knapp 1 %.

Diese verhaltene Entwicklung der Wirtschaft spiegelt sich naturgemäß auch auf dem Arbeitsmarkt wider, sodass wir trotz der ersten Aufhellungstendenzen, die sichtbar werden, im Jahresdurchschnitt mit einer leichten Abnahme der Erwerbstätigkeit rechnen müssen. Eine spürbare Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte somit, wenn die aktuellen Wachstumserwartungen sich realisieren, erst im kommenden Jahr 2005 zu verzeichnen sein.

Meine Damen und Herren, auch insoweit gilt: Nordrhein-Westfalen ist keine Insel. Wir haben

keine konjunkturellen Sondereffekte. Auch die bisherige Entwicklung des Arbeitsmarktes im laufenden Jahr deutet nicht auf eine Entspannung hin. Die an sich zu erwartende Frühjahresbelebung ist bisher kraftlos verlaufen.

Vor dem Hintergrund der nach unten korrigierten konjunkturellen Erwartungen besteht für 2004 die Sorge fort, dass wir in Nordrhein-Westfalen sowohl das Wachstumsziel als auch das Beschäftigungsziel verfehlen werden.

Aufgrund dieser konjunkturellen Lage hat das Land bei seiner Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes Rechnung zu tragen, und die Aufgabe, dem für 2004 drohenden Fortbestand der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegenzuwirken.

Was heißt das? Das heißt, dass alle Maßnahmen unterbleiben müssen, die sich auf den Arbeitsmarkt und auf die Binnennachfrage negativ auswirken würden.

Es gilt daher, mit dem Nachtrag des Landeshaushalts 2004 den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes Rechnung zu tragen, ohne dabei auf der Ausgabenseite den eingeschlagenen Kurs der deutlichen Konsolidierung zu verlassen.

Der Nachtragshaushalt, den ich Ihnen heute vorlege, spiegelt einerseits die beschriebenen ökonomischen Rahmenbedingungen wider, er zeichnet aber auch die daraus resultierenden Handlungserfordernisse nach. Dabei folgen wir der bisherigen haushaltspolitischen Grundlinie:

Erstens. Mehrbelastungen, die steuerbedingt und steuerinduziert sind, wie sie sich in der Steuerschätzung vom Mai 2004 niederschlagen, werden durch zusätzliche Kreditaufnahmen finanziert.

Zweitens. Die Veränderungen für den kommunalen Steuerverbund, die mit der Reduzierung der Steuereinnahmen verbunden sind, werden in diesem Jahr nicht umgesetzt. Die Abrechnung erfolgt im Jahr 2006.

Drittens. Mehrbelastungen auf der Ausgabenseite, die nicht steuerinduziert sind, werden durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen.

Damit setzt die Landesregierung konsequent ihren konjunktur- und finanzpolitischen Kurs fort. In der jetzigen wirtschaftlich schwierigen Zeit wird die beginnende Erholung nicht durch eine groß angelegte Kürzungsaktion der öffentlichen Hand konterkariert. Steuerausfälle werden durch eine höhere Neuverschuldung kompensiert, und es

wird damit eine vorübergehend höhere Neuverschuldung hingenommen.

Im Einzelnen enthält der Nachtrag folgende Veränderungen:

Erstens. Er berücksichtigt die Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2004 und gleicht die Verluste durch zusätzliche Kreditaufnahme aus.

Zweitens. Zwangsläufige Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen werden etatisiert und durch Einsparungen ausgeglichen.

Zu diesem Verfahren gibt es, bei Licht gesehen, keine Alternative. Ich sehe jedenfalls keine seriöse Alternative.

Nun gibt es in der Landeshaushaltsordnung, insbesondere dann, wenn es gilt, den Haushalt bei entfallenden Einnahmen auszugleichen, das Instrument der Haushaltssperre. Das würde aber überwiegend den Bereich der Investitionsausgaben treffen, und das würde bedeuten, dass das Land seiner Verpflichtung, die Nachfrage zu stützen, nicht nachkommt und die gesamtwirtschaftliche Lage nicht hinreichend berücksichtigt.

Konjunkturrell unbedenklich wäre es, wenn die Mehrbelastungen durch Mehreinnahmen, unter anderem durch Erlöse aus Privatisierungen, ausgeglichen werden könnten.

Ich habe dazu natürlich auch die Vorschläge der Opposition zum Doppelhaushalt nochmals geprüft. Leider hat auch diese Prüfung ergeben, dass keiner der damaligen Vorschläge brauchbar ist. Das liegt daran, dass die Opposition z. B. bei ihrem Vorschlag, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umzuwandeln und 24,9 % an einen öffentlich-rechtlichen Käufer zu veräußern, schlicht verwechselt hat, dass es einen Unterschied zwischen Bilanzsumme und Eigenkapital gibt. Das lässt für die weitere Haushaltspolitik der CDU eine Menge hoffen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Ja, Herr Palmen, das reiht sich zwanglos in die grobe Fehleinschätzung der Zahl der Ministerien ein. Wir werden in diesem Land hinreichend erzählen, dass der Oppositionsführer meint, er könnte 10.000 Stellen in den Ministerien streichen. Dabei haben wir dort nur 4.300. Das kann man gar nicht oft genug wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will bei dieser Gelegenheit doch noch einmal vertiefend auf die Steuerschätzung eingehen, wie

sie vom 11. bis 13. Mai erarbeitet worden ist, und die Auswirkungen auf den Haushalt darstellen.

Wir werden bundesweit damit rechnen müssen, dass wir rd. 9,6 Milliarden € weniger Steuern einnehmen. Für den Landeshaushalt bedeutet dies eine Größenordnung von 950 Millionen €. Diese setzen sich aus drei Komponenten zusammen:

Der eigentliche Ausfall beträgt etwa 400 Millionen €. Dazu kommt, dass die Einnahmen aus dem Steueramnestie-Gesetz nicht die bisher erwartete Größenordnung erreichen. Das bedeutet für das Land einen Ausfall von 350 Millionen €. Das Dritte ist, dass wir die Einnahmen aus dem geplanten Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit nicht weiter veranschlagen können, da das Gesetz nicht hinreichend zeitig zustande gekommen ist. Das bedeutet eine Reduzierung der Einnahmen um 200 Millionen €.

Insgesamt wird damit im Nachtragshaushalt die Summe der Steuereinnahmen auf 34.650 Millionen € reduziert. Das ist eine Steigerung gegenüber den Ist-Einnahmen im Jahre 2003 von rd. 3,7 %. Diese Steigerung entspricht im Übrigen - Herr Palmen, daran liegt Ihnen ja immer sehr - nahezu exakt der Entwicklung der Steuereinnahmen in den Monaten Januar bis Mai. In diesem Zeitraum sind die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % gestiegen.

Von den in 2004 zu erwartenden Steuerminder-einnahmen entfallen 982 Millionen € auf Verbundsteuern. Diese betreffen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, da sie über den Steuerverbund mit 23 % an den entsprechenden Einnahmen des Landes teilhaben. Die Verbundmasse müsste dementsprechend eigentlich um 226 Millionen € reduziert werden.

Wir werden aber die Steuerverbundleistungen aus zwei Gründen nicht anpassen. Zum einen soll den Kommunen angesichts der schwierigen Finanzlage eine sichere Etatplanung ermöglicht werden. Zum anderen wäre eine Kürzung in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation nicht vertretbar.

Theoretisch denkbar wäre eine Verrechnung dieser Summe im Jahr 2005 statt - wie wir vorschlagen - im Jahr 2006. Auch hiervon rate ich ab. Wir haben den Steuerverbund 2005 schon mit Verrechnungen aus Vorjahren in Höhe von 690 Millionen € vorbelastet. Infolge dessen nehmen bereits jetzt die Steuerverbundleistungen im Jahre 2005 um 8,5 % ab. Da wäre Weiteres nicht darstellbar.

Der Nachtragshaushalt, so wie er Ihnen vorliegt, enthält darüber hinaus auch eine Reihe von recht-

lich gebundenen Veränderungen und auch sonstigen zwangsläufigen Veränderungen, und zwar sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Dies führt in der Summe zu einer Verschlechterung des Haushalts von 97,7 Millionen €.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgenden Veränderungen: Erhöhung der Ansätze bei Auslagen in Rechtssachen - das liegt an dem neuen Kostenrechtsmodernisierungsgesetz -, Erhöhung der Ansätze für das BAföG, Erhöhung des Ansatzes für Kostenerstattungen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, Erhöhung des Ansatzes für die offene Ganztagschule im Primarbereich, Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben für Angelegenheiten der Luftfahrt aufgrund der Absenkung der Luftsicherheitsgebühr und verschärfter Sicherheitsvorschriften, Erhöhung des Ansatzes für Zins- und Tilgungsleistungen, die im Zusammenhang mit Wohnungsbaudarlehen an den Bund abzuführen sind, Etatisierung eines Zuschusses für die Durchführung der World Games 2005 in Duisburg, Absenkung der Einnahmen aus der Beteiligung an der NRW.BANK und schließlich Etatisierung eines Zuschusses an die Finanzierungsgesellschaft zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG.

Zusammen mit den Steuereinnahmeausfällen belaufen sich die Verschlechterungen im Haushalt auf 1.047,7 Millionen €. Vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen, die ich bereits beschrieben habe, können und dürfen die Verschlechterungen im Haushalt bei dieser Größenordnung nicht völlig durch Einsparungen ausgeglichen werden. Wir brauchen, um die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, zunächst einmal ein höheres Wachstum. Das haben uns viele andere europäische Staaten vorgemacht. Den dringend nötigen Aufschwung kann man aber nicht herbeisparen. In der jetzigen Situation verbietet es sich daher, durch Ausgabenkürzungen die Verschlechterungen in gleicher Höhe kompensieren zu wollen. Man würde damit den Konjunkturmotor nur abwürgen. Den konjunkturpolitischen und finanzpolitischen Erfordernissen entsprechend sieht der Nachtragsentwurf daher vor, zusätzliche Kredite aufzunehmen. Diese Erhöhung umfasst auch die Stundung der steuereinnahmebedingten Verschlechterung für die Kommunen bis zum Jahre 2006.

In Höhe von 41,7 Millionen € können die Haushaltsverschlechterungen durch eine Reduzierung der Zinsausgaben kompensiert werden. Das liegt zum einen daran, dass wir durch die Internationalisierung der Kreditaufnahme sehr erfolgreich günstige Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen

haben. Das liegt zum anderen an der verzögerten wirtschaftlichen Erholung. So, wie die Steuereinnahmen eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung korrelieren, ist auch das Zinsniveau eng mit der Wachstumsdynamik verbunden. Die nach unten korrigierten Wachstumsraten und Wachstumserwartungen haben nicht nur zu niedrigeren Steuereinnahmen geführt, sondern auch dafür gesorgt, dass die Zinserhöhungen, die allgemein erwartet wurden, bisher nicht eingetreten sind. Insoweit haben wir es mit einer Entlastung des Haushalts zu tun, weil die von uns veranschlagten Risikozuschläge für steigende Zinsen nicht ausgeschöpft werden müssen.

Weitere Einsparungen in Höhe von rund 56 Millionen € erfolgen durch die Etatisierung von globalen Minderausgaben in den Einzelplänen. Dazu haben wir den allgemein anerkannten Schlüssel, der bereits bei der Berechnung der globalen Minderausgaben im Haushalt 2005 zugrunde gelegt wurde, angewendet. Um die Belastung für einzelne Ressorts möglichst gering zu halten, ist dabei ein Höchstbetrag von 6 Millionen € je Ressort vorgesehen worden. Darüber hinaus wurde die Minderausgabe gekappt.

Zusätzlich wird den Ressorts erstmals gestattet, bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben auch Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen heranzuziehen. Darüber hinaus kann die Erwirtschaftung ausnahmsweise auch bei bestimmten Personalausgaben erfolgen.

Aufgrund der dargestellten Vorgehensweise wird im Nachtragshaushalt die Regellobergrenze für die Kreditaufnahme gemäß Art. 83 der Landesverfassung um weitere 926,1 Millionen € überschritten. Die eigenfinanzierten Investitionen betragen rund 3.664,9 Millionen €. Bei einer geplanten Neuverschuldung von 6.082,5 Millionen € wird daher die im Regelfall zulässige Nettoneuverschuldung um 2.417,6 Millionen € überschritten.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass dies den Vorgaben der Verfassung entspricht, weil diese Überschreitung der Regellobergrenze geeignet und bestimmt ist, den drohenden Fortbestand der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in Nordrhein-Westfalen abzuwehren. Dies ist in der Begründung zum Haushaltsgesetz ausführlich dargelegt. Deshalb will ich nur kurz auf die wesentlichen Gesichtspunkte eingehen:

Wir haben bereits bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts hier im Landtag gemeinsam festgestellt, dass für das Jahr 2004 ein Fortbestand der schon für 2003 festgestellten Störung

des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts droht. Grundlage für diese Feststellung waren die damaligen konjunkturellen Erwartungen, aufgrund derer allenfalls mit einer leichten Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden konnte. Ich hatte Ihnen schon zu Beginn meiner Ausführungen skizziert, dass wir die bisherigen konjunkturellen Erwartungen nach unten korrigieren mussten. Bei dieser Sachlage besteht weiterhin die Gefahr, dass in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 sowohl das Wachstumsziel als auch das Beschäftigungsziel verfehlt werden. Die weitere Erhöhung der Nettoneuverschuldung über die Regelobergrenze hinaus ist auch dazu bestimmt und geeignet, die Fortsetzung der Störung abzuwehren.

Wir müssten weitere 926 Millionen € bei konsumtiven Ausgaben einsparen. Es ist allerdings bereits dargelegt worden, dass sich die damals zur Einhaltung der Regelobergrenze erforderlichen Einsparungen bei konsumtiven Ausgaben allesamt negativ auf die Binnennachfrage auswirken würden. Sie würden auch den Arbeitsmarkt nachteilig berühren. Diese Feststellung gilt fort. Sie gilt erst recht für die jetzt erforderlichen weiteren Einsparungen. Durch den Verzicht auf Einsparungen in Höhe von jetzt rund 2,4 Milliarden € sollen daher negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung vermieden werden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen, dass die Finanzpolitik des Landes mit diesem Nachtragshaushalt weiterhin durch drei Punkte gekennzeichnet ist.

Erstens: Wir setzen die konsolidierungsorientierte Linie auf der Ausgabenseite fort.

Zweitens: Den Wegfall von Steuereinnahmen fangen wir durch eine kurzfristig höhere Neuverschuldung auf, ohne damit die Sparpolitik aufzukündigen.

Drittens: Wenn die Steuereinnahmen in Zukunft wieder steigen, werden wir alles tun, um die Verschuldung wieder zurückzufahren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat heute einen Nachtragshaushalt vorgelegt, der der fi-

nanzpolitischen Linie, wie wir sie hier bereits im Januar mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 verabschiedet haben, nahtlos folgt.

Wir werden erstens konjunkturbedingte Mehrausgaben, die wir zwangsläufig haben, durch zusätzliche Kredite ausgleichen müssen. Wir werden zweitens nicht damit im Zusammenhang stehende Ausgaben selbstverständlich weiterhin durch entsprechende Einsparungen finanzieren. Damit bleibt klar: Wir werden den Fortbestand der Störung des gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichts, die der Landtag bereits zu Beginn des Jahres in einer entsprechenden Debatte festgestellt hat und die durch die dramatischen Steuermindereinnahmen für das Jahr 2004 unterstrichen wird, weiterhin feststellen müssen.

Meine Damen und Herren, bislang lag die Neuverschuldung bei etwas über 5 Milliarden €. Sie wird jetzt um die prognostizierten Steuermindereinnahmen in Höhe von 950 Millionen € auf über 6 Milliarden € steigen. Die Summe der Investitionen wird konstant bei 3,7 Milliarden € liegen.

Das ist, wie uns allen klar ist, eine große Belastung für den Landeshaushalt. Ich sage aber noch einmal deutlich: Wir müssen diese vorübergehende hohe Verschuldung in Kauf nehmen, um die sich verbessernde konjunkturelle Entwicklung in unserem Land nicht durch neue Spardiskussionen und umfangreiche Sparpakete zu gefährden. Ein weiteres Sparpaket in einer Größenordnung von mehr als 1 Milliarde € würde zu Entlassungen in einem Ausmaß führen, das wir in diesem Land bislang noch nicht erlebt haben. Nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen wären betroffen und die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht zu verantworten. Jeder Arbeitslose mehr in diesem Land schwächt eine konjunkturelle Gesamtentwicklung, die gerade erst dabei ist, langsam anzuziehen. Jeder Arbeitslose mehr gefährdet auch die ohnehin noch schwache Binnennachfrage. Deshalb gibt es aus den genannten Gründen zurzeit keine realistische Alternative zur Ausweitung der Neuverschuldung.

Auch die Oppositionsfractionen haben bislang keinen realistischen Weg aufgezeigt, diese schweren konjunkturellen Belastungen durch zusätzliche Sparpakete aufzufangen. Die FDP-Fraktion hat bislang wie in den Haushaltsberatungen zuvor keine klare Vorstellung geäußert, wie sie eine solche Situation aufzufangen gedenkt. Es lohnt sich aber, einmal in das Zukunftsprogramm der CDU hineinzuschauen, in dem ohne Zweifel Vorschläge genannt sind, die man sich allerdings im Detail anschauen sollte. Ich möchte dies gern

anhand von nur drei Beispielen aus diesem umfangreichen Paket machen.

Ich konzentriere mich zunächst auf die Bereiche Personal bzw. Beschäftigte im Lande Nordrhein-Westfalen. Die CDU fordert in ihrem Zukunftsprogramm, in der Landesverwaltung jährlich 1,5 % des Personals einzusparen.

(Zuruf von der CDU: Mindestens!)

Was ist Fakt? Fakt ist, dass die Landesregierung bereits bis zur Grenze der Zumutbarkeit alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, sich von nicht mehr benötigtem Personal zu trennen. Wir schieben einen großen Berg an kw-Vermerken vor uns her.

Der CDU-Vorschlag bedeutet - ich werde nicht müde, das zu betonen - fristlose oder auch betriebsbedingte Kündigungen. Denn die Einsparung soll, wie es in ihrem Papier steht, sofort, also umgehend noch in diesem Jahr, kassenwirksam werden.

(Manfred Palmen [CDU]: Es gibt doch einen Einstellungsstopp!)

Es gibt weitere interessante Beispiele, Herr Kollege Palmen. Eine weitere Forderung lautet, Stellen, die als kw-Stellen geführt werden - das sind die Stellen, die den Vermerk "künftig wegfallend" tragen -, in Bereiche zu verlagern, die besonderen Personalbedarf haben. Die CDU nennt die Schule, die Hochschule, die Polizei und die Steuerverwaltung.

Meine Damen und Herren, das ist ein besonders skurriler Vorschlag. Wenn man die Stellen, die bisher als künftig wegfallend ausgewiesen sind, in andere Bereiche verlagert, müsste man beispielsweise einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin aus der ehemaligen Staatshochbauverwaltung, die wir mittlerweile in den BLB überführt haben, in die Schule versetzen. Wie soll diese Person Kinder unterrichten? Das heißt: Wir müssten sie umschulen.

(Widerspruch bei der CDU)

Wenn wir das getan hätten - hören Sie zu -, würden wir diese Stelle mit der Person, die umgeschult wurde, streichen. Das ist die Qualität Ihrer Vorstellungen und Ihrer Vorschläge. Wir werden das immer öfter, immer lauter und immer deutlicher sagen. Ich erwarte, dass Sie, Herr Kollege Palmen, in der Auseinandersetzung mit der schwierigen Situation in Nordrhein-Westfalen seriöser werden.

Ich möchte noch ein Beispiel nennen; denn man kann das noch toppen. Sie sagen in Ihrem Zu-

kunftsprogramm zur Haushaltssanierung: Wir verkaufen, wir privatisieren. Das ist eigentlich eher eine Sache der FDP, aber Sie haben es dargestellt: Wir verkaufen den Landesbetrieb für Mess- und Eichwesen, wir verkaufen das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, wir verkaufen das Landesvermessungsamt Bonn-Bad Godesberg, wir verkaufen den Landesbetrieb Geologischer Dienst, wir wollen die Landesanstalt für Ökologie und das Landesinstitut für Qualifizierung verkaufen.

Meine Damen und Herren, mehrere tausend Stellen wären berührt. Ich bin sicher, dass Mitarbeiter und die Mitarbeiterinnen und ihre Familien "begeistert" von diesen Vorschlägen sein werden. Denn Sie müssten sie umgehend kündigen, weil sie aus diesen Maßnahmen Geld Erlösen wollen, um den Haushalt zu konsolidieren. Sie wollen das noch in diesem Jahr tun. Auch das werden wir laut und deutlich sagen, Herr Kollege Palmen und Herr Kollege Diegel.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Abgesehen davon bleibt die Frage, was wir mit den staatlichen Aufgaben machen. Kaufen wir diese Leistung für teures Geld bei privaten Anbietern wieder ein? Diese Frage klammern Sie völlig aus. An dieser Stelle spielt die für Sie keine Rolle, weil dieHs ein schöner populistischer Vorschlag ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit den erläuterten Vorschlägen hat die CDU ihr so genanntes Zukunftsprogramm vorgelegt. Ich will es gar nicht weiter kommentieren. Ich überlasse es den Zuhörerinnen und Zuhörern, den Besucherinnen und Besuchern das zu bewerten. Ich sage nur: Wir werden noch viele böse Überraschungen im Lande erleben, wenn wir uns auf diese Linie einlassen, und ich warne davor. Wir werden uns auch in der zweiten Lesung zu diesem Nachtragshaushalt mit Ihren Vorschlägen auseinander setzen. Für heute soll es reichen.

Ich beantrage für die SPD-Fraktion die Überweisung des vorgelegten Gesetzentwurfs in den Haushalts- und Finanzausschuss und danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Für die CDU spricht Herr Abgeordneter Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind in die Beratungen des hier vorgelegten Nachtragshaushalts der Landesregierung eingetreten, müssen allerdings feststellen, dass es nicht das erste Mal ist, dass wir darüber reden. Ich erinnere das Parlament daran, dass wir bereits vor gut einem Monat aufgrund eines CDU-Antrags über einen Nachtragshaushalt ausführlich gesprochen haben, den Sie jedoch damals noch brüsk abgelehnt haben.

(Edith Müller [GRÜNE]: Das ist doch alles nicht wahr! Jetzt haben Sie aber ein Märchen aufgebaut! - Lebhaftes Gegenrufen von der CDU - Unruhe - Glocke)

- Frau Müller, meine Damen und Herren, ich möchte einmal aus der Presse zitieren; ich kann es ja belegen. Dann machen wir uns halt den Spaß. Ich zitiere - mit Genehmigung des Präsidenten -:

„Schade, dass die Sitzungen im Landtag nicht live und zur besten Sendezeit in alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen übertragen werden. Das Gros der Bürger würde wohl die Welt nicht mehr verstehen.“

- so schreibt ein Kommentator der "Maas-Rhein-Zeitung" über die letzte Finanzdebatte des Landtags vor gut einem Monat -

„denn während der Finanzminister und die beiden finanzpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen es in der Debatte noch wortreich und zum Teil stimmgewaltig abgelehnt haben, über einen Nachtragshaushalt auch nur nachzudenken, verkündete der Finanzminister nur einen Tag später in einer Pressemitteilung: Ein Nachtragshaushalt für 2004 wird vorgelegt.“

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Frau Müller, verdrehen Sie nicht die Fakten. Es stellt sich aber in der Tat die Frage: Warum, Frau Müller und Frau Walsken, haben Sie sich damals eigentlich so aufgeplustert? Kommen Sie sich in dieser Debatte nicht komisch vor?

Herr Finanzminister, die CDU hat Ihnen, und zwar bereits bei der Beratung zum Haushalt 2004/2005 im Januar dieses Jahres, nachgewiesen, dass Sie sich Ihre Steuereinnahmen schlichtweg schön gerechnet haben. Ihre Jahresplanung war nicht solide, und das wussten Sie auch. Sie haben dasselbe bereits im Jahre 2003 erlebt und Ihre Schulden auf 6,6 Milliarden € fast verdoppelt. Ihr Vorgänger Steinbrück hat nach einem ähnlichen System gewirtschaftet, und er hat die Quittung dafür bekommen: Zwei von ihm als Finanzminister zu verantwortende Haushalte sind für verfassungswidrig

erklärt worden. Das haben er und Sie von Rot-Grün gemeinsam zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Vorlage dieses Nachtragshaushaltes für 2004 haben Sie schon vier Monate nach Verabschiedung des Haushalts eingestehen müssen, dass Ihr Zahlenwerk nicht passt. Nach fast 40 Jahren SPD-Regierung häufen sich die Alarmmeldungen zur Haushaltslage des Landes. Wir stellen fest: Schon fast im Quartalsrhythmus muss der Finanzminister seine neuen Löcher bekannt geben. Die Steuereinnahmen fallen jeweils deutlich geringer aus, als im Haushalt veranschlagt, sagt er. Die vom Landtag genehmigte Neuverschuldung reicht nicht mehr aus, um die vorgesehenen Ausgaben zu decken. Die Steuereinnahmen werden nach unten korrigiert und die vorgesehenen Schulden nach oben, und zwar inzwischen auf mehr als 6 Milliarden €. Die Gesamtschulden haben in der Zwischenzeit die Schallmauer von mehr als 100 Milliarden € nach oben durchbrochen. Am Ende des Jahres werden es mehr als 105 Milliarden €, am Ende der Legislaturperiode 110 Milliarden € sein, meine Damen und Herren.

Sie, die rot-grünen Haushaltsmanager, wie Sie sich hier darstellen, verweigern unterdessen jede Strategiedebatte.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Das hat man an dem Beispiel der 1,5%-Debatte gerade nachvollziehen können. Sie kennen sehr genau die Vorschläge von Herrn Rüttgers. Wenn Sie diese nicht wahrhaben wollen, dann will ich Ihnen eingestehen, dass gerade das Denken über solche Vorschläge schwierig ist. Ich will in diese Debatte auch einbringen, dass der Vorschlag von Jürgen Rüttgers gar nicht so neu ist. Er hat nämlich zu seiner Zeit als Forschungsminister unter Helmut Kohl genau den gleichen Vorschlag gemacht. Ich will ganz offen einräumen: Auch Helmut Kohl hat damals dem Jürgen Rüttgers erklärt, dass das so nicht geht und er es ihm vormachen solle. Jürgen Rüttgers hat das daraufhin in seinem Ministerium vorgemacht, und das wurde beispielhaft von der Bundesregierung übernommen. Von daher kann das auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine Sanierung des Haushalts findet in Ihren Köpfen nicht einmal ansatzweise statt. Es gibt keine neuen Ideen, wie sie Herr Rüttgers hier einbringt, sondern immer nur neue Schulden. Es wird bei den Schwachen ge-

kürzt, anstatt Strukturen zu verändern. Eigentlich wissen Sie ja schon bei der Erstellung der Jahresplanung, dass das Papier, das sie geschrieben haben, schlichtweg nur Makulatur ist.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Diegel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Walsken?

Helmut Diegel (CDU): Aber gerne.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Bitte schön, Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Kollege, meinten Sie gerade mit der Amtszeit vom Kollegen Rüttgers die Phase, in der die Bundesregierung damals deutlich mehr Schulden aufgenommen hat als wir, und zwar bei einem Wirtschaftswachstum von mehr als 4 %?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Bitte schön, Herr Kollege Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Frau Kollegin Walsken, Ihre Einlassungen in diesem Parlament erinnern mich an etwas, was wir bisher in dieser Form nicht kannten.

(Zuruf von der SPD: Beantworten Sie die Frage!)

Sie rufen nämlich immer wieder - in den letzten Debatten und auch jetzt wieder -: Machen Sie doch Vorschläge!

(Zuruf von der SPD: Das war doch nicht die Frage!)

Wissen Sie, dieses Geschrei nach Vorschlägen erinnert mich immer daran, dass das ein typisches Verhalten der Opposition ist, nämlich selber keine Vorschläge zu machen, aber andere zu Vorschlägen aufzufordern. Ich habe das Gefühl, Sie haben sich schon in Ihre Oppositionsrolle hineingefunden.

(Beifall bei der CDU)

Wir können es abkürzen: Da gehören Sie auch hin; so sehen es die Bürger des Landes zurzeit ohnehin.

(Beifall bei der CDU)

Insofern, meine Damen und Herren, Frau Walsken: Konzentrieren wir uns doch konkret auf diesen Nachtrag und auf die Vorschläge, die hier gemacht worden sind. Ein Unternehmen, Frau

Walsken, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, das so wirtschaftet, wäre in kürzester Zeit pleite, und die Verantwortlichen würden fristlos entlassen.

(Zuruf von der SPD: Dann müssen Sie einen Insolvenzantrag stellen!)

Sie brauchen sich doch gar nicht zu wundern, dass die Bürger bei so einer Politik das Vertrauen in Ihre Verantwortlichen verloren haben.

Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Sie haben hier in Nordrhein-Westfalen keine konkurrenzfähigen Produkte mehr. Ihre Industriepolitik ist längst überholt. Ihre Steinkohlesubventionen, für die Sie so fechten, sind von gestern. Ihre Klientelpolitik ist von vorgestern. Ihre schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme sind es doch ebenfalls. Das alles vertreten Sie, anstatt umzusteuern, wie wir es nun seit Jahren fordern. Ich könnte Ihnen eine Liste von Daten vortragen, wenn Sie das wünschen.

(Zuruf von der SPD: Dann mal los!)

- Das wünschen Sie? Okay! Ich habe das mitgebracht. Wenn Sie es wünschen, trage ich das gern vor.

Es fängt am 29. April 2002 an: Rüttgers bietet SPD Sanierungskoalition an.

Es geht weiter am 4. Juli 2002: Wiederholung des Angebots einer Sanierungskoalition mit Vorschlägen.

Es geht weiter am 11. November 2002 mit dem konkreten Antrag "Schattenkreditwirtschaft beenden, Restkreditermächtigungen begrenzen". Von Ihnen brüsk abgelehnt!

Oder am 17. Dezember 2002 das "Zukunftsprogramm zur Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit". Ebenfalls brüsk abgelehnt!

(Edgar Moron [SPD]: Das haben wir Ihnen doch alles zerpfückt! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Herr Rimmel, am 31. März 2003 das Thema "Raus aus der Pensionsfalle". - Herr Rimmel, ganz ruhig! Wenden wir uns diesem Antrag einmal zu, von Herrn Rüttgers hier vorgestellt. Was ist denn mit diesem Antrag passiert? Den Antrag hat Herr Steinbrück dafür genutzt, im "Stadttor" eine Riesenveranstaltung mit einem riesigen Medienaufgebot zu inszenieren, und versprochen, dass im Lande Nordrhein-Westfalen dieses Problem angegangen werde. Was ist bis heute passiert?

(Zuruf von der CDU: Nichts!)

Frau Müller, Sie beklagen es selbst: Es besteht ein Strichansatz; im Haushalt ist kein Cent dafür vorgesehen, und jedes Jahr kommen neue 200 Millionen bis 300 Millionen € aus dieser Pensionsfalle hinzu.

(Beifall bei der CDU)

Insofern hören Sie doch damit auf, meine Damen und Herren; wenden Sie sich unseren Vorschlägen zu, und diskutieren Sie nicht immer auf der Grundlage der Behauptung, hier sei nichts gewesen.

Sie wollen nicht grundsätzlich umsteuern. Auch dieser Nachtragshaushalt ist wiederum nur ein Beweis dafür: Sie setzen nur auf neue Schulden. Der Finanzminister und Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, laden sich hiermit eine historische Schuld auf. Die haben Sie in diesem Lande dann auch allein zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre unverantwortliche Schuldenpolitik, Herr Finanzminister, wird auch durch diesen Nachtragshaushalt nur noch einmal bestätigt und leider nicht korrigiert. Ich will das an drei Beispielen festmachen.

Erstens: Nach wie vor halten Sie an einer nicht korrigierten verfassungswidrigen kreditfinanzierten Rücklage fest. Sie nennen sie nur Kommunalkreditierung, aber Sie wissen aus unserem und auch aus anderen Gutachten, dass das verfassungswidrig ist.

Zweitens: Sie halten an einem verfassungswidrigen Haushalt mit einer Überschreitung der Grenzen der Nettoneuverschuldung um mehr als 2,4 Milliarden € fest und berufen sich dabei scheinbar wiederholt auf eine Störungslage.

Drittens: Der Landkreistag hat jetzt durch ein Gutachten nachgewiesen, und zwar für diesen Doppelhaushalt 2004/2005, dass das GFG in zwei Punkten verfassungswidrig ist und daher im Nachtrag dringend korrigiert werden muss. Meine Damen und Herren von der Landesregierung und von den rot-grünen Fraktionen, wo ist hier die Korrektur?

(Zuruf von der CDU: Das große Schweigen!)

- Ja, da ist das Schweigen groß in diesem Lande, selbst bei Herrn Moron, der hier immer so große Vorschläge zelebriert. Jetzt erklärt er - wie hieß es noch in der Zeitung? -: "Der Sozialminister muss in Bund und Land wieder her." Kommt das jetzt in die Nachtragsberatungen mit hinein? Wollen Sie

zusätzliche Stellen ausweisen für ein jetzt neu ausgegliedertes Sozialministerium? Wir sind gespannt. Ich weiß auch nicht, in welchem Maße hier möglicherweise Misstrauen gegenüber der Landesregierung die Botschaft sein soll. Es gibt eine Sozialministerin, Frau Fischer. Macht sie Ihnen die Arbeit nicht gut genug? Oder richtet sich der Angriff gegen Herrn Schartau? Ist das vielleicht die Wirklichkeit? Oder richtet er sich gegen Herrn Clement, den Sie nach Berlin abgeschoben haben? Herr Moron, ich bin gespannt, ob Sie diese Forderung im Nachtragshaushalt konkretisieren. Sie haben die Möglichkeit dazu. Wir werden das ablehnen; das ist ja völlig klar. Das gibt nur noch mehr Stellen, die wir nicht wollen. Wir wollen weniger Stellen. Das haben wir durch unsere Anträge deutlich gemacht.

(Zuruf von Edgar Moron - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zu einer finanzpolitischen Bewertung für Nordrhein-Westfalen, der ich ausdrücklich zustimme und die ich auch gern mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren möchte. Das Zitat lautet wie folgt:

"Gleichzeitig geht der Anteil der zukunftsorientierten Ausgaben, von denen auch die in der Zukunft lebenden Generationen profitieren, nämlich der Anteil der Investitionsausgaben, zurück. 1981 betrug die Investitionsquote des Landeshaushalts noch 20,7 %. Jede fünfte Mark wurde für die damals lebenden und zukünftigen Generationen ausgegeben. Im Jahr 2002 hat sich die Investitionsquote mehr als halbiert. Sie betrug nur noch 9,4 %."

Es geht weiter im Zitat:

"Fazit: Wenn diese Politik so fortgesetzt wird, verfrühen die heutigen Generationen die politischen Entscheidungsspielräume zukünftiger Generationen, zukünftiger Generationen, deren Entscheidungen durch die Vorbelastungen der Vergangenheit völlig blockiert werden. Nur eine Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung kann diese Entwicklung verhindern. Deshalb brauchen wir den mutigen und beharrlichen Willen zu einer nachhaltigen Finanzpolitik auch im Interesse zukünftiger Generationen."

Meine Damen und Herren, was glauben Sie denn, von wem dieses Zitat, das ich hier gerade vorgelesen habe, stammt? - Es stammt von dem Finanzminister, der hier sitzt. Das sagte er nämlich vor dem Kongress der Jusos am 4. April 2003.

Gemessen an diesem richtigen Maßstab bleibt für den heute hier vorgelegten Nachtragshaushalt doch nur noch die Botschaft: Packen Sie den Haushalt ein! Nehmen Sie ihn wieder mit nach Hause! Messen Sie ihn an den Vorgaben, die Sie bei Ihrem eigenen Jugendkongress vorgetragen haben!

(Beifall bei der CDU)

Dann hören Sie bitte auch auf mit der Mär, dass man nichts anders machen könnte. Es gibt andere Finanzminister in anderen Ländern, die Ihnen das vormachen. Nehmen wir z. B. Bayern. Die Bayern haben mit mehr als 8 % an Einsparungen in ihrem Landeshaushalt Vorsorge getroffen.

Jetzt sehen wir uns einmal konkret an, was Sie in diesem Landeshaushalt, wie groß verkündet, gespart haben. Meine Damen und Herren, in einem rund 48-Milliarden-Haushalt ist es Ihnen gelungen, eine konkrete Einsparung in Höhe von 41,7 Millionen € darzustellen. Das sind nicht einmal 0,1 %. Da stehen 8 % gegenüber 0,1 %.

Das zeigt hier das eigentliche Problem. Sie versuchen immer noch zu verkünden, es handle sich beim nordrhein-westfälischen Haushalt um ein Einnahmeproblem, das sozusagen von anderen verursacht werde und über Sie hereinbreche. Das sei alles fremdverschuldet.

Herr Dieckmann und meine Damen und Herren der rot-grünen Koalition, es handelt sich eben nicht nur um ein Einnahmeproblem. Es handelt sich um ein Ausgabeproblem.

(Beifall bei der CDU)

Als Finanzminister haben Sie in einem solchen Haushalt Vorsorge für die zukünftigen Generationen zu treffen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist hier nicht geschehen, auch in diesem Nachtragshaushalt nicht.

Ohne den Ausschussberatungen nun in allen Punkten vorgreifen zu wollen, möchte ich doch noch einige weitere Schwächen oder Kritiken an diesem Nachtragshaushalt ansprechen. Ich mache das jetzt nur stichwortartig.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wie wollen Sie erklären, dass Sie faktisch auf eine Forderung in Höhe von 345 Millionen € aus dem Verkauf der LEG verzichten?

Wie wollen Sie die langfristigen Bindungen der Steinkohlesubventionen in der von Ihnen durch-

gesetzten Höhe angesichts der Finanzlage des Landes weiter verantworten?

Wie wollen Sie dem Landtag erklären, dass Sie im Jahr 2004 mehr Steuern einnehmen als im letzten Jahr, aber nicht gleichzeitig deutlich mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen?

Wie sieht es mit der Zukunft von FISCUS aus, dem Milliardengrab der Steuerverwaltung?

Wie wollen Sie mit den jetzt veranschlagten Mehrausgaben im Bereich der Wohnungsbaudarlehen bis zum Jahresende auskommen?

Und so weiter, und so weiter.

Alles das zeigt: Sie haben hier nicht nur unsere Vorschläge laufend brüsk abgelehnt. Sie ignorieren auch konsequent die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs und brechen hier weiterhin hemmungslos die Verfassungsgrundsätze.

(Beifall bei der CDU)

Sie meinen es eben nicht ernst mit den Worten von nachhaltiger Finanzpolitik. Sie setzen auf kreditfinanzierte Konjunkturprogramme. Das muss man den Leuten und den Bürgern unseres Landes auch immer wieder sagen. Sie setzen nämlich auf Konsum von heute statt auf Vorsorge für morgen. Damit ruinieren Sie das Land. Das hat das Land nicht verdient. Das haben die Menschen in unserem Land nicht verdient. Deshalb ist es Zeit für einen Wechsel in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Diegel. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war so ein wunderschöner Tag. Die Sonne schien. Es war ja auch ein schöner Sonntag, an dem wir als FDP zugegebenermaßen auch einen tollen Rückenwind von den Bürgerinnen und Bürgern erhalten haben und immerhin unser Wahlergebnis verdoppeln konnten. Das kommt nicht alle Tage vor. Das war eigentlich eine Stimmung, in der man sagen konnte: Alles könnte so schön sein!

Es könnte, denn der heutige Beratungsgegenstand, der von der Landesregierung eingebrachte Entwurf für den Nachtragshaushalt für das Jahr 2004, trübt die Stimmung heftig. Er treibt einem fast Tränen der Wut in die Augen.

Was uns da vorgelegt wurde, das enthält nicht einmal den Versuch, den strukturellen Defiziten der Haushaltssituation in Nordrhein-Westfalen zu begegnen.

Einigkeit müsste in diesem Hause eigentlich darüber bestehen, dass die Überschreitung der 100-Milliarden-€-Schuldengrenze einen neuen Meilenstein für das Unrecht markiert, das wir kommenden Generationen zumuten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Trotzdem wird den Einnahmeausfällen nur mit neuen Schulden begegnet.

Was wir hier unseren Kindern und Kindeskindern zumuten, grenzt an ein Verbrechen. Es ist zwar sehr drastisch, aber der weltweit renommierte Finanzwissenschaftler Laurence Kotlikoff spricht sogar von fiskalischem Kindesmissbrauch.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es müsste wirklich Einigkeit in diesem Hause darüber bestehen - nicht nur verbal, sondern auch im Verhalten und in entsprechendem Handeln hier im Parlament bei der Gesetzgebung -, dass uns ein weiterer Anstieg der Verschuldung und eine Steigerung der Zinslasten gestaltungsunfähig und politikunfähig machen und im Übrigen auch konjunkturschwächend wirken.

Mit der Aufnahme neuer Kredite erhöhen Sie die Steuern und Abgaben von morgen. Denn das muss irgendwann ja auch wieder zurückgezahlt werden. Wobei ich mittlerweile die Hoffnung aufgegeben habe, dass sich irgendjemand von SPD und Grünen allen Ernstes noch Gedanken über den Schuldenabbau macht. Alle sind ja vielleicht schon froh darüber, wenn sie bei der Neuverschuldung unter der des letzten Jahres bleiben.

Meine Damen und Herren, wir müssen mit der Verschuldung herunter. Eine solche Politik fände dann auch die Zustimmung der Freien Demokraten.

Dass wir zwei Drittel dessen, was Sie alleine im Jahr 2004 an neuen Krediten aufnehmen wollen und auch aufnehmen, sofort wieder für Zinsen ausgeben müssen - insgesamt sind es 6 Milliarden € neue Kredite und Zinslasten in Höhe von 4,7 Milliarden € -, muss man sich einmal vor Augen führen.

Jedem Arbeitnehmer, der bei seiner Bank den Dispo-Kredit erhöht haben möchte, damit er andere Kredite ablösen kann, würde dieser Kredit wahrscheinlich verweigert, und er würde relativ

schnell auf die Möglichkeiten des privaten Insolvenzverfahrens hingewiesen.

Meine Damen und Herren, was hier vorgelegt wurde, ist ein Zeichen der Ohnmacht, der Hilflosigkeit und der Resignation. Eigentlich müsste oben ganz dick und fett der Pleitegeier abgedruckt werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die FDP-Fraktion hat in den vergangenen vier Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, wie wir strukturelle Veränderungen in den Landeshaushalt einbringen wollen. Wir haben Vorschläge zum Subventionsabbau und zu Privatisierungen unterbreitet. Wir haben vorgeschlagen, wie wir zu einem Bürokratieabbau kommen und von welchen Aufgaben man sich im Land eher trennen muss, die in der Prioritätenliste etwas weiter hinten stehen. Alles ist immer kategorisch abgelehnt worden. Allein mit unserem Antrag 13/4954 haben wir gezeigt, wie man für das Jahr 2004 einen Gestaltungsspielraum von 1,6 Milliarden € gewinnen könnte. Damit könnte man zumindest das auffangen, was Sie uns an neuen Schulden aufdrücken wollen, die wir nicht möchten.

Sparwille setzt voraus, sich auch mit den Wirtschaftlichkeitsreserven auseinander zu setzen. Das heißt, alles muss auf den Prüfstand gestellt werden. Dies erfordert Mut und Durchsetzungskraft, was ich leider - das fällt sicherlich auch seit Sonntag ein bisschen schwerer - nirgendwo erkennen kann. Hilflosigkeit, Hadern, Ohnmacht und Konzeptionslosigkeit sind die Begriffe, die im Augenblick Ihre Politik beschreiben.

(Beifall bei der FDP)

Statt sich mutig und nachhaltig von einzelnen Tätigkeiten des Landes zu trennen, gibt es nur noch die Instrumente der Neuverschuldung und der globalen Minderausgabe. Dabei wären statt globaler Minderausgaben eindeutige Prioritäten zugunsten eindeutiger Pflichtaufgaben des Landes vonnöten. Das heißt - jedenfalls für die FDP -, dass die Bereiche Polizei und Sicherheit, Infrastruktur, aber insbesondere auch Bildung und Forschung nicht unter die Messer der Rasenmäherkürzung geraten dürfen. Wir brauchen Investitionen in diesen Bereichen, um die Chancen des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb zu stärken und Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen.

Lassen Sie mich bei der Frage, wie man diese Prioritäten finanziert, an die Worte des Kollegen Moron erinnern. Er hat seinerzeit zur Einbringung des Doppelhaushaltes ausgeführt: Wir können

uns nicht mehr alles das leisten, was wir uns in der Vergangenheit leisten konnten und woran wir uns gewöhnt haben. - Wenn der Mann einmal Recht hat, muss man ihm auch Recht geben.

Wenn wir uns aber ansehen, was tatsächlich realisiert wird - auch schon im Haushalt 2004 -, findet sich dort ganz offensichtlicher Unsinn, z. B. das Programm "Waldpädagogik unter Gender-Aspekten". Ich habe bis heute nicht erklärt bekommen, wofür dieses Programm gut ist, obwohl ich mittlerweile seit Wochen nahezu flehentlich darum bitte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur betonen: Solange Sie ein solches Programm in diesem Haushalt haben und noch nicht einmal erklären können, was damit erreicht, bezweckt und angestrebt wird, hinkt das, was der Kollege Moron völlig richtig - zumindest in der Theorie - angemerkt hat, der Realität bei weitem hinterher.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte gelegentlich den Eindruck bekommen, dass der Finanzminister, vielleicht auch die gesamte SPD-Fraktion, im Schwitzkasten des kleineren Koalitionspartners ist, wobei das "kleinere" regional sehr unterschiedlich zu bewerten sein wird. Man könnte ganz überspitzt und ein bisschen pointiert sagen: Der Finanzminister schwitzt im Schwitzkasten von Bärbel Höhn.

Die Grünen haben sich nämlich - und das sehr erfolgreich, wie man einfach konstatieren muss - offensichtlich verbissen gegen jegliche Haushaltskürzung bei ihrer Klientel gewehrt. Meine Damen und Herren von der SPD: Die Grünen rauben Ihnen damit nicht nur Wählerstimmen und die Zustimmung von Bürgerinnen und Bürgern für Ihre Reformpolitik - die in Ansätzen auch die Zustimmung der FDP findet -, sondern auch jegliche Möglichkeit, Schwerpunkte so zu setzen, wie es eigentlich in dieser Situation erforderlich wäre.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie rauben uns die Nerven!)

- Herr Sagel, was Sie gelegentlich rauben, wollen wir jetzt nicht debattieren.

Meine Damen und Herren, Sie müssen doch irgendwann einmal wach werden und darüber nachdenken, dass Ihnen die Grünen offensichtlich den Mut rauben, auch deren Klientel klar zu machen, dass es so nicht mehr weitergeht. Sie müssen doch irgendwann einmal aufstehen. Ich glaube auch, dass es der Kollegin Walsken nicht leicht fällt, Kürzungen im Landesjugendplan hinnehmen zu müssen, aber auf der gleichen Seite ein Pro-

gramm wie "Waldpädagogik unter Gender-Aspekten" vorzufinden.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

- Nein, das kann ich so nicht glauben. Ich fand es gerade sehr mutig, dass die Kollegin Walsken gesagt hat, alles, was nicht unbedingt erforderlich ist und wo es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt, ist zu prüfen.

Wir haben z. B. den Eine-Welt-Beauftragten der Landesregierung, der ein ausgesprochen sympathischer Mensch ist und eine engagierte Arbeit gemacht hat, aber zum 30. Juni ausscheidet. An dieser Stelle warte ich durchaus einmal auf den konstruktiven Vorschlag zur Ausgabensenkung, den die Kollegin Walsken schon angekündigt hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich will gar nicht den Kollegen Glos und seine Ausflüge in die Biologie zitieren, wer welchen Wirt buchstäblich aussaugt und Ähnliches. Vielleicht hatte er sich mit dem Vergleich mit der Zecke eher an den Kollegen Rüttgers, der gerade gehen will, gerichtet. Deswegen passt es gerade noch, dass er da ist,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wer will schon an Rüttgers saugen?)

für den Fall, dass er glauben sollte, schwarz-grüne Gedankenspiele in diesem Lande würden weiterhelfen. Wir sehen das relativ gelassen; denn nach der Politik, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten, kann man nur sagen: Wer die Grünen zum Partner hat, braucht keine politischen Gegner mehr.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, statt sich aus diesem Schwitzkasten mit Mut und Seriosität zu lösen, kommt die SPD nur auf neue ausgabenträchtige Gedanken, die in diesem Nachtragshaushalt noch gar nicht abgebildet sind. Herr Moron hat, jedenfalls bevor er scheinbar zurückgepfiffen wurde - vielleicht auch nicht, das wissen wir noch nicht genau -, einen ganz besonderen Schluss aus dem Wahldebakel gezogen: In NRW müsse ein neues Sozialministerium her.

Offensichtlich reicht es nicht aus, dass in der Staatskanzlei Wahlkämpfe und Imagekampagnen für die SPD geplant werden. Herr Moron wollte noch ein ganzes Ministerium zu Wahlkampfzwecken schaffen - so jedenfalls hätte es den Anschein haben können - mit Ministern, Staatssekretären, Hauptabteilungsleitern und anderen Hauptlingen - während anderen Landesbeamten immer

mehr Arbeit für immer weniger Geld zugemutet wird. Das ist eine Politik, die sicherlich noch der einen oder anderen Erläuterung bedarf.

Meine Damen und Herren, das sind genau die Vorgehensweisen, die die Menschen zu Recht als Wortbruch empfinden und weshalb sie sich von der Landesregierung und den sie tragenden Kräften und Fraktionen verschaukelt fühlen. Ihre angebliche Reformpolitik ist nicht konsequent, sie ist in weiten Teilen willkürlich. Genau deshalb ist sie ungerecht und unsozial.

Wie sonst ist es zu erklären, dass Vorschläge zur politischen Schwerpunktsetzung bis hin zu einem wieder eigenständigen Sozialministerium nicht in Bezug auf die in diesem Land katastrophalen Arbeitslosenzahlen, die dahinsiechende Konjunktur oder wegen eines sonst wie redlichen Anlasses gemacht wurde? Es war vielmehr schlicht und ergreifend eine Reaktion auf das Wahldesaster. Sozialromantik verbreiten reicht an der Stelle wirklich nicht aus, nicht für die Kommunalwahlen, auch nicht für die Landtagswahlen und schon gar nicht zur Lösung der Probleme dieses Landes.

Meine Damen und Herren, ein mutiger und seriöser Sparkurs müsste anders aussehen. Ein solcher Sparkurs ist auch nicht nur auf die fast 6,08 Milliarden € zusätzlicher Schulden in diesem Nachtragshaushalt zu begrenzen. Ein mutiger und ehrlicher Sparkurs würde zunächst einmal damit beginnen, dass wir eine Bestimmung der tatsächlichen Lage bekämen, indem wir inklusive aller Schattenhaushalte und verdeckter Rücklagen das auflisteten und summierten, um die bereits heute feststehenden und irgendwann einmal fälligen Ansprüche gegen das Land aufzuzeigen. Das betrifft insbesondere die Pensionsverbindlichkeiten, die in unserer Haushaltsrechnung nach wie vor nicht enthalten sind. Dann könnte man eine wirkliche Bestandsaufnahme machen und die Verbindlichkeiten und Ausgaben auf der einen Seite dem gegenüberstellen, was wir auf der anderen Seite an Einnahmen zu erwarten haben. Auf dieser Grundlage könnte man tatsächlich eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik betreiben.

Ich will Ihnen zubilligen, dass es immer ein gewisses Restrisiko gibt, wenn man Einnahmen prognostiziert. Dennoch: Seien Sie realistischer! Immerhin gab es offene Warnungen, z. B. gegenüber dem Ansatz der Einnahmen aus dem Steueramnestiegesetz bereits zum Jahresbeginn 2004. Seriöserweise hätten Sie sich vor diesem Hintergrund die Haushalte nicht schönrechnen dürfen, sondern ehrlich miteinander umgehen, die Einnahmen realistisch einschätzen und Fakten ehrlich bestimmen müssen.

Es gibt noch weitere Positionen, die Haushaltsrisiken darstellen. Der Kollege Diegel war so freundlich, bereits einige Punkte aufzuführen, so dass ich mir ersparen kann, darauf noch einmal einzugehen. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat die Kürzungen bei den Beamtenpensionen für verfassungswidrig gehalten und macht deshalb eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht.

An der Stelle besteht ein Haushaltsrisiko, gerade vor dem Hintergrund dessen, was Sie in den letzten Tagen, Wochen und Monaten beschlossen und als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung vertreten haben. Man müsste in diesem Nachtragshaushalt zumindest im Ansatz aufzeigen, welches Risiko für den Landeshaushalt besteht.

Hartz IV ist schon genannt worden. Der Finanzminister hegt - wie er sagt - die Befürchtung, dass ihm der Haushalt um die Ohren fliegen würde, wenn an der Stelle etwas verändert, aufgeschoben würde. Diese Diskussion ist aktuell im Gang. Gibt es bei Ihnen irgendeine Überlegung, was passiert, wenn doch alles ganz anders kommt?

(Minister Dieckmann: Wir reden über 2004!)

- Herr Dieckmann, dass Sie so tun, als seien wir völlig losgelöst und könnten 2005 und die Folgejahre komplett aus dem Blick lassen, ist etwas, was noch an ganz anderer Stelle zu diskutieren wäre.

Da ich jetzt ganz heftig mit meinem Husten zu kämpfen habe, will ich meinen Beitrag etwas verkürzen.

In einem Punkt muss ich Ihnen aber auch Recht geben: Sie haben gegenüber dem "Kölner Stadt-Anzeiger" gesagt, dass es ohne Wirtschaftswachstum nicht gehe. Ich habe meine Zweifel daran, dass dieses Ziel mit diesem Landeshaushalt erreicht werden kann, glaube aber, dass Sie völlig richtig damit liegen, dass alles, was wir uns überlegen, ohne eine Belebung der Wirtschaft und ohne eine Belebung der Konjunktur nicht funktionieren wird, weil nur so dauerhaft eine Steigerung der Steuereinnahmen zu erwarten ist. Es muss uns also gelingen, die Mehrzahl der 892.000 Arbeitslosen - allein diese Zahl schon lässt mich unruhig schlafen - endlich wieder in steuerpflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu führen. Wenn es uns wieder gelingt, produzierenden Unternehmen und Dienstleistern wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu bieten, damit sie Gewinne erzielen, die versteuert werden können, haben wir eine Chance auf mehr Beschäftigung und Steuermehreinnahmen.

Meine Damen und Herren, höhere Steuereinnahmen als Folgen einer deutlichen Konjunkturbelebung im Verbund mit entsprechenden Einsparungen für einen dauerhaft ausgeglichenem Haushalt als Ziel sind aus meiner Sicht umso dringlicher, weil wir ja nicht nur das langfristige Ziel eines periodisch ausgeglichenen Haushalts haben wollen.

Wer wirklich nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik betreiben will und wird, darf das mittelfristige Ziel der Erwirtschaftung von Spielräumen, die einer nachhaltigen Schuldentilgung dienen können, nicht aus dem Blick verlieren. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit einfach einmal nachfragen, was Sie denn ganz genau unter "kurzfristiger Aufnahme neuer Kredite" verstehen? Alleine seit 1995 sind 32 Milliarden € neue Schulden hinzugekommen. Die sind - bedauerlicherweise - nachhaltig und nichts Kurzfristiges. Die bleiben. Wenn man zu viel Kuchen gegessen hat, ist das ähnlich: Das bleibt lange auf den Hüften. Wie und wann wollen Sie diese meines Erachtens widersinnigen Kredite, die Sie angeblich nur ganz "kurzfristig" eingehen, zurückzahlen?

Meine Damen und Herren, ein Gebot solider Finanzpolitik besteht darin, alles Erdenkliche zu tun, was die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen ankurbelt. Aber auch hier scheinen Sie, liebe Sozialdemokraten, im Schwitzkasten der starken Frau Höhn der Grünen zu stecken. Schauen wir uns nur einmal die Politik der letzten Wochen an: Steuererhöhungen, ein anderes Wort für Konjunkturgift, mit der Wassersteuer. Das ist die nordrhein-westfälische Variante zur Ökosteuer im Bund - Abzocke ohne ökologischen Sinn und Zweck.

(Beifall bei der FDP)

Ferner erinnere ich an die Diskussion um die Ausbildungsplatzabgabe. Dieses Damoklesschwert ist gerade noch an uns vorbeigesaust. Wäre es aber nach Frau Höhn und ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden gegangen, hätten wir diese nutzlose und zusätzliche Belastung für die Unternehmen, die ausbilden, bekommen - gegen jeglichen Rat all derjenigen, die sich damit auskennen und die ebenfalls das Gefährdungspotenzial dieser gefährlichen Planwirtschaft gesehen haben.

Wenn man ferner an die Blockadehaltung der Grünen bei einer der Zukunftstechnologien schlechthin, nämlich der Bio- und Gentechnologie, denkt, weiß man eigentlich schon Bescheid. Alle Prognosen bestätigen die enorme Bedeutung dieser Technologie für Arbeitsmarkt und Konjunktur.

In Zukunft wird sich speziell die Gentechnologie auf 10 % der Gesamtwirtschaft der Europäischen Union auswirken. Experten gehen bis zum Jahr 2010 von einer weltweiten Wertschöpfung in Höhe von 433 Milliarden € aus. Ebenso rechnet man mit 1,2 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Hier in Nordrhein-Westfalen tut man dagegen - insbesondere bei den Grünen - alles, damit möglichst wenig davon dem Land und den hier lebenden Menschen zugute kommt.

Meine Damen und Herren, der Entwurf des Nachtragshaushaltes ist nicht sparsam. Er erhöht den ohnehin schon unmoralischen Schuldenberg unseres Landes weiter. Er ist nicht seriös, weil er nicht alle Haushaltsrisiken berücksichtigt. Er steht auf wackeligen Füßen. Die globalen Minderausgaben differenzieren nicht ausreichend nach absoluten Pflichtausgaben und "grünen Klientelbonbons".

Mit diesem Haushalt geht keine verlässliche Aussage einher, alles für Wachstum und Beschäftigung in diesem Land zu tun, was möglich ist. Noch viel weniger: Von diesem Haushalt und diesem Nachtragshaushalt gehen keine Impulse aus, die die von Ihnen deklarierte Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beheben könnten.

Der Nachtragshaushalt soll bereits in vier Wochen verabschiedet werden, anscheinend deshalb, damit die Landesregierung fällige Verpflichtungen bedienen kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie das im Beratungsverfahren nicht noch ändern, haben Sie damit leider auch hier wieder die Chance vertan, die notwendigen strukturellen Veränderungen endlich herbeizuführen.

Die Menschen in diesem Land verdienen eine bessere, verantwortungsvollere und konsequentere Politik, als sie mit diesem Nachtragshaushalt zum Ausdruck kommt. Den generationenunge-rechten Kurs der ständig steigenden Verschuldung werden wir als FDP jedenfalls nicht mittragen.

Der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss sehe ich mit Spannung entgegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Müller das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat den

Nachtragshaushalt eingebracht. Die vielfältigen Gründe, die zu diesem Nachtrag geführt haben, hat er im Detail dargelegt und mit den entsprechenden Daten unterlegt. Meines Erachtens ist damit zum Nachtragshaushalt im engeren Sinne alles Wesentliche gesagt worden.

Auf eine Kurzformel gebracht bedeutet er neue Schulden für NRW - auch dies ist erörtert worden -, und zwar einen Anstieg der Neuverschuldung um eine weitere Milliarde auf über 6 Milliarden €. Sie können sich denken, dass diese Entwicklung nach wie vor mehr als beunruhigend ist. Sie ist schmerzlich. Sie kommt aber nicht überraschend.

Vor etwa vier Wochen haben wir an dieser Stelle bereits ausführlich über einen möglichen Nachtrag als Folge der Steuerschätzung debattiert. Aus dieser Debatte wurde ja bereits zitiert. Bis auf die Tatsache der nun konkreten Zahl der Anhebung der Neuverschuldung hat sich am Sachstand gegenüber der im Mai geführten Debatte nichts geändert.

Meine Damen und Herren, deshalb werden Sie es mir hoffentlich nachsehen, wenn ich mich hier nur wiederholen kann. Herr Diegel, wenn Sie beklagen, dass wir einfach in die Neuverschuldung gingen, sind Sie offensichtlich gegen die Erkenntnis immun, dass Nordrhein-Westfalen genauso wie viele andere Bundesländer alleine - ich betone: alleine - keine Chance hat, aus der finanziellen Misere herauszukommen.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD] - Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Das muss man doch einmal akzeptieren, zumindest unter Haushältern, Herr Palmen.

Auch einfache Kürzungsmaßnahmen nützen uns nicht wirklich etwas. Das muss man ebenfalls akzeptieren. Diese Debatte ist sinnlos. Es nützt auch nichts, wenn Sie jetzt vorschlagen, wie ich lesen konnte, den sozialen Wohnungsbau abzuschaffen.

Dass wir sparen müssen, ist keine Frage. Die wirklich großen Positionen - auch das wissen wir unter Haushältern, Herr Diegel; wenn wir untereinander diskutieren, verlaublich Sie mehr als hier vom Podium aus -, die Veränderungen bedürfen, sind aber doch nur in Berlin zu bewegen.

Wenn Sie von historischer Schuld sprechen, erlauben Sie mir bitte auch, dass ich Ihnen vorwerfe, dass Sie im Bundesrat nicht gesprungen sind, als das Thema Subventionsabbau anstand.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Dieser Subventionsabbau muss weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Diegel, das ist das Einzige, was man akut tun könnte und was uns vor allen Dingen auch für 2005 helfen würde - für 2004 nicht mehr, aber für 2005. Ich habe das vor vier Wochen am Beispiel der Eigenheimzulage erläutert. Ich höre und sehe in diesem Zusammenhang nichts von Ihnen. Eine von Ihnen ausgehende diesbezügliche Initiative im Bundesrat wäre einmal schön und willkommen!

Bessere Rahmenbedingungen sind, wie gesagt, nur dort zu erreichen. Das muss man den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen auch sagen. Wir sind ein föderales Land, das mitten in der Europäischen Union liegt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass dieses Ausmaß von konjunktureller Schwäche, verbunden mit den Mindereinnahmen für die Haushalte, allein mit NRW-Instrumenten gelöst werden könnte. Das muss man fairerweise in der Debatte in Rechnung stellen. Herr Diegel, es ist unehrlich von Ihnen, wenn Sie das nicht tun.

Bei der letzten Debatte zum Haushalt im Mai dieses Jahres habe ich hier gesagt: Wir brauchen in NRW eine mittelfristige Strategie, bei der klar erkennbar werden muss, wie wir Einnahmen und Ausgaben in Zukunft wieder in ein tragfähiges Verhältnis bringen.

Meine feste Überzeugung ist - ich betone das noch einmal -, dass wir diese Herausforderung nur gemeinsam bewältigen können. Das Ganze darf nicht länger dem parteipolitischen Kalkül zum Opfer fallen.

Nun hat gestern der Finanzplanungsrat getagt. Ich erinnere daran, dass ich vor vier Wochen von dieser Stelle aus eine Sondersitzung des Finanzplanungsrates beantragt habe. Damals bin ich von der Vorstellung ausgegangen, dass der Rat nach der Steuerschätzung die Stunde der Wahrheit nutzen würde, um partei- und länderübergreifend Bilanz zu ziehen und gemeinsam daranzugehen, die Probleme zu lösen und uns aus der Schuldenfalle herauszubringen. Denn es muss uns doch allen klar sein: Wir werden dauerhaft verfassungswidrige Haushalte haben, wenn es nicht zu grundlegenden Veränderungen kommt.

Soweit heute zu lesen ist, hat in der gestrigen Sitzung der Finanzplanungsrat entschieden, dass der Bund ein höheres Ausgabenwachstum planen darf, als bisher verabredet. Von einer mittelfristigen Strategie ist offensichtlich nicht die Rede gewesen. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Das

finde ich fast schlimmer als das, was wir konkret im Nachtragshaushalt planen.

Ich glaube, wir brauchen eine neue mittelfristige Strategie. Der Finanzplanungsrat - das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen - hat die Chance vertan, und das ist meiner Meinung nach extrem bedauerlich. Wenn es den Experten nicht gelingt, sich auf Bundesebene auf diese neue mittelfristige Strategie zu verständigen, dann haben wir allein in NRW keine Chance - egal, wer von dieser Stelle aus die Verantwortung trägt. Das muss allen hier im Hause klar sein. Diese Chance hat der Finanzplanungsrat gestern, wie ich finde, bedauerlicherweise verpasst.

Ich werde nicht müde, wie gesagt, diese mittelfristige Strategie einzufordern, und möchte aus meiner Sicht noch einmal wiederholen - es tut mir leid, es wird vielleicht für den ein oder anderen auch langweilig, aber was gesagt werden muss, muss gesagt werden -, was alles dazu gehört.

Wir brauchen - da stimme ich ganz mit Angela Freimuth überein - eine saubere und gebündelte Prognose der wesentlichen mittelfristigen Finanzentwicklungen, sodass wir wissen, mit welchen Einnahmen wir realistisch unter den jetzigen Bedingungen von Wirtschaftswachstum rechnen können. Wie entwickeln sich die verschiedenen Ausgabenbereiche, bei denen demographische Faktoren zu berücksichtigen sind, angefangen bei Pensionen bis hin zur Altenpflege? Und welche Verschuldung kommt auf uns zu, wenn wir nichts verändern? All das muss in einer sorgfältigen Prognose aufgearbeitet werden.

Wir brauchen neue Steuerungsinstrumente, um Fehlentwicklungen frühzeitig korrigieren zu können, und wir müssen neue Indikatoren einführen, die uns wie eine Warnsignalanlage auf diese Fehlentwicklungen hinweisen. Beispielsweise wissen wir, dass wir eine sehr inflexible Haushaltsstruktur haben; allerdings wissen wir nicht, wie inflexibel sie tatsächlich mittelfristig ist. So führen Schwankungen bei Einnahmen und Ausgaben zwangsläufig zu immer mehr neuen Schulden. Diesen Mechanismus müssen wir durchbrechen.

Wir müssen uns auf ein Flexibilitätsmaß verständigen und dies vor allen Dingen - das ist das Allerwichtigste - für verbindlich erklären und den Haushalt entsprechend gestalten. Das könnte dann zu mehr Bewegungsspielraum führen.

Wir brauchen eine qualitative Bewertung der Einnahmen. Solange wir nicht wissen, wie hoch z. B. die Sonder- und Einmaleffekte sind, können wir Haushälter auch nicht verhindern, dass diese Mit-

tel für dauerhafte Ausgaben verwendet werden. Wenn dann im nächsten Haushaltsjahr diese Einmaleffekte wegfallen, haben wir sofort wieder ein neues Problem.

Wir brauchen selbstverständlich - auch das hat Frau Freimuth zu Recht angesprochen - eine Neubewertung der Ausgabenstruktur. Nicht jede Investition ist per se gut, und nicht jeder öffentliche Konsum ist per se schlecht. Notwendig ist es deshalb, den Haushalt neu zu deklarieren und allmählich hin zu mehr nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben umzuschichten. Auch dafür brauchen wir eine Zielgröße und einen Indikator, der uns sagt, wie weit wir dieses Ziel erreicht haben.

Auf die Budgetierung haben wir uns in diesem Hause fraktionsübergreifend verständigt. Sie ist in der Umsetzung. Wir sind noch dabei, erste Schritte in die Richtung eines Produkthaushaltes zu gehen. Dazu gehört ein flächendeckendes Controlling, über das wir uns Gedanken machen müssen. Und das brauchen wir sowohl für die Fachpolitik als auch für die Haushalts- und Finanzpolitik.

Änderungen werden auch notwendig bei der Haushaltsaufstellung und beim Haushaltsvollzug. Das brauche ich an dieser Stelle nicht weiter auszuführen. Innerhalb dieses neu zu schaffenden Rahmens kann sich Politik dann darüber unterhalten, welche Aufgaben das Land übernehmen soll und wie viel Geld jeweils dafür zur Verfügung gestellt wird. Bis dies alles wirkt, wird jedoch noch einige Zeit vergehen.

Je früher wir aber damit beginnen, uns über die notwendigen Maßnahmen zu verständigen, desto eher kommt Nordrhein-Westfalen wieder in ein ruhiges finanzielles Fahrwasser. Daran sollten alle ein Interesse haben.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung: Viel wäre gewonnen, wenn wir uns endlich gemeinsam darauf verständigen könnten, dass es ohne Wirtschaftswachstum nicht geht. Richtig ist aber auch, dass Wachstum allein unsere Probleme nicht lösen wird, weil das Wachstum selbst bei einer guten wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr ausreicht, die Defizite auszugleichen. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, würde mehr Erkenntnis über die Reformnotwendigkeit entstehen - und die ist dringend erforderlich.

Zum GFG hat der Finanzminister die wesentlichen Veränderungen vorgetragen. Wir unterstützen die Kreditierung an die Kommunen und die Abrechnung im Jahre 2006. Wir wollen mit dem Nachtrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz bei der Sportpauschale Veränderungen erwirken. Bislang kann

die Sportpauschale nicht für Leasing oder Mietkauf verwendet werden, da der Gesetzeswortlaut dies nicht zulässt.

Wir wollen das Gemeindefinanzierungsgesetz an dieser Stelle verändern, sodass die Sportpauschale in Zukunft genauso flexibel eingesetzt werden kann wie die Schulpauschale. Nach dem, was wir aus den Kommunen hören, wird dieses Anliegen stark begrüßt.

Zum Verfahren: Wir haben uns zusammen mit unserem Koalitionspartner darauf verständigt, den Nachtragshaushalt relativ zügig zu bearbeiten. Von seinem Volumen und von seinen einzelnen Änderungen her ist er auch ziemlich übersichtlich, sodass ich glaube, dass wir die Fachpolitik an dieser Stelle nicht im Regen stehen lassen.

Wir wären sehr dafür, dass der Haushalts- und Finanzausschuss diese Beratung zügig durchführt. Wir haben angeboten - auch das ist im Ältestenrat bekannt gegeben worden -, dass die Berichterstatter der Fachausschüsse an den Beratungen teilnehmen können. Ich glaube, wir kommen zu einer zügigen und schnellen Befassung und haben an dieser Stelle keine größeren Probleme zu gewärtigen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich die Debatte an dieser Stelle aus aktuellem Anlass kurz unterbreche. Auf der Besuchertribüne haben Ehrengäste Platz genommen, die ein befreundetes Parlament und damit ein befreundetes Land vertreten.

Es ist mir Freude und Ehre zugleich, heute den Präsidenten der Großen Nationalversammlung der Republik Türkei begrüßen zu können. Herr Präsident Bülent Arınç, ich heiße Sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen auf das Herzlichste willkommen.

(Beifall)

Herr Präsident Bülent Arınç wird begleitet vom Vizepräsidenten und weiteren Abgeordneten der Großen Nationalversammlung sowie vom Botschafter der Republik Türkei. Auch ihnen gilt mein ganz herzlicher Willkommensgruß und der des gesamten Parlamentes.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir fahren in unserer Debatte fort. Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Jäger das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf der Tribüne! Meine Aufgabe bestand eigentlich darin, im Nachgang zu Frau Walsken, die mir einige Minuten Redezeit übrig gelassen hat, speziell auf das Gemeindefinanzierungsgesetz einzugehen. Herr Palmen, ich sehe schon, Sie freuen sich. Das freut mich natürlich auch.

(Manfred Palmen [CDU]: Ich weiß ja jetzt wieder, was kommt!)

- Ja, schauen wir mal, ob Sie es wirklich wissen, Herr Palmen. Ich werde wahrscheinlich auf das eine oder andere Thema eingehen müssen, weil ich so beeindruckt bin: beeindruckt von den Redebeiträgen von Herrn Diegel und von Frau Freimuth,

(Carina Gödecke [SPD]: Ich nicht!)

von einer wirklich monströsen Theatralik. Ich muss wirklich sagen, es hat mich stark beeindruckt, weil da Worte gefallen sind, bei denen man als Abgeordneter einer Regierungsfraktion innehalten muss. Da wird von Frau Freimuth gesagt, bei diesem Nachtragshaushalt handele es sich um ein Verbrechen, um einen unmoralischen Schuldenberg. Herr Diegel hat sich dazu hinreißen lassen zu sagen, dieser Nachtragshaushalt stelle eine historische Schuld dar.

(Beifall bei der CDU - Helmut Diegel [CDU]: Richtig!)

- Herr Diegel, noch applaudieren Sie. Ich darf Sie, Herr Diegel, Frau Freimuth, daran erinnern, dass Sie Vertreter und Vertreterin von zwei Parteien sind, die über 16 Jahre in Bonn bzw. Berlin in der Regierungsverantwortung waren

(Helmut Stahl [CDU]: Schmidt vorher auch!)

und in dieser Zeit die wahnsinnige Summe von 1,3 Billionen € Schulden hinterlassen haben,

(Manfred Palmen [CDU]: Wiedervereinigung!)

zu einer Zeit mit einem Wirtschaftswachstum von über 4 % und zu einer Zeit, in der Sie Familienväter mit zwei Kindern, die 15.000 € verdient haben, sogar noch 11 % Einkommensteuer abgenommen haben, weit entfernt von Steuerermäßigung und Steuerreform.

(Manfred Palmen [CDU]: Wiedervereinigung!)

Ich darf Sie, Herr Diegel und Frau Freimuth, erinnern: Wenn Sie von historischer Schuld und von einem unmoralischen Schuldenberg sprechen, dann sollten Sie vielleicht erst einmal selbst in sich gehen und überlegen, ob Ihre damaligen Parteikollegen nicht einen erheblichen Beitrag dazu geleistet haben, dass Bund, Länder und Gemeinden heute vor einem Schuldenberg stehen, den Sie letztendlich hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Ich darf, bevor ich Herrn Diegel etwas zum Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen, der dann ansteht, erwidere, kurz auf das Gemeindefinanzierungsgesetz und auf den vorgelegten Nachtragshaushalt für das Jahr 2004 eingehen. Es gibt in der Tat eine sehr positive Entwicklung, die diesen Nachtragshaushalt ausgelöst hat, und eine sehr negative. Die negative Entwicklung hat der Herr Finanzminister schon dargestellt, nämlich erhebliche Steuermindereinnahmen. Das Positive ist - das sage ich als Duisburger Abgeordneter -, dass der Nachtragshaushalt auch einen Zuschuss zur Finanzierung der World Games im Jahre 2005 beinhaltet und von daher aus meiner Sicht eine, wenn auch kleine, durchaus angenehme Seite hat.

Dass wir die 950 Millionen Steuermindereinnahmen durch Kredite finanzieren müssen, ist nicht gut. Die Alternative, um sie dieses Jahr zu erwirtschaften, wäre allerdings, zu erheblichen Einschnitten bei den Landesausgaben zu kommen, die zu 70 % durch gebundene Personalausgaben ausgestaltet sind, was faktisch bedeutet, in einer Zeit einer leichten konjunkturellen Erholung, einer leichten Erholung auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, Massenentlassungen durchzuführen. Das, meine Damen und Herren, kann nicht das Mittel sein, um die jetzt beginnende Konjunkturerholung tatsächlich zu stabilisieren.

Die Folgewirkung dieser Steuermindereinnahmen für das Land in einer Größe von 950 Millionen hat natürlich auch Konsequenzen für die Gemeinden. Sie wissen, dass wir 23 % unserer Steuereinnahmen an die Gemeinden Nordrhein-Westfalens zur Aufgabenerledigung in ihren Gebietskörperschaften weitergeben. Das macht einen Betrag von 225,9 Millionen € aus. Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag des Finanzministers, diese 225,9 Millionen € nicht dieses Jahr und auch nicht im nächsten Jahr den Gemeinden im so genannten Steuerverbund abzuziehen, sondern sie auf

das Jahr 2006 zu kreditieren, weil die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die vor erheblichen finanziellen Herausforderungen stehen, keine Planungssicherheit hätten, wenn diese Verrechnungen tatsächlich jetzt aktuell oder im nächsten Jahr stattfinden würden, und weil die Kommunen in Nordrhein-Westfalen als wichtiger Konjunkturmotor mit ihren konsumtiven Ausgaben diese Konjunktur, die jetzt anspringt, stützen müssen.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Vorschlag des Finanzministers, diese Steuerfehlschätzung für die Gemeinden nicht dieses Jahr zu verrechnen, sondern bis zum Jahre 2006 zu kreditieren.

Im Übrigen begrüßen wir auch ausdrücklich, dass der Finanzminister nicht in einen beliebten Reflex verfällt, nämlich Konsolidierung auf Landesebene zulasten der eigenen Gebietskörperschaften und Gemeinden durchzuführen. Wir halten einen Steuerverbandsatz von 23 %. 23 % der Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen werden weitergegeben zur Aufgabenerledigung in den Gemeinden. Das ist eine Größenordnung, wie sie nur noch in einem anderen Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland vorkommt. Auch das ist ein Beweis, dass dieser Nachtragshaushalt an der Kommunalfreundlichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen festhält.

Ich möchte kurz auf die Vorschläge von Herrn Diegel eingehen, die sich im Wesentlichen auf drei Dinge konzentrieren.

Erstens: Der Vorschlag, Landesvermögen zu verkaufen, ist ein guter Vorschlag, wenn man feststellt, dass das immer nur ein Einmaleffekt ist, der niemals die Struktur eines Landeshaushaltes verändert, niemals Ausgaben wirklich so nivelliert, dass Ein- und Ausgaben hinterher tatsächlich wieder übereinstimmen, und wenn man bei dem Vorschlag außen vor lässt, wie die Leistungen, die diese Landesbetriebe für Nordrhein-Westfalen erbringen, auf der anderen Seite eingekauft werden sollen, und vor allen Dingen völlig außer Acht lässt, dass diese Leistungen tatsächlich Geld kosten. Das ist in Ihrer Rechnung überhaupt nicht enthalten.

(Manfred Palmen [CDU]: Wovon sprechen Sie eigentlich?)

Zweitens: Ihr Vorschlag, 1,5 % bei den Personalkosten einzusparen, ist bemerkenswert, weil an dieser Stelle das Maß an Heuchelei der CDU-Fraktion deutlich wird.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Das, was Sie hier fordern, bedeutet, tatsächlich bei den Beamten und Angestellten des Landes

Nordrhein-Westfalen zu Entlassungen zu kommen. Das ist die logische Konsequenz.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Besser noch: Sie hecheln jeder Interessengruppe, die hier vor dem Landtag Nordrhein-Westfalens demonstriert und uns auffordert, auf Einsparungen zu verzichten, hinterher. Sie erklären: Wir brauchen mehr Polizei in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen noch mehr als die von uns 6.000 zusätzlich eingestellten Lehrer, möglicherweise 10.000.

Ich durfte vertretungsweise an einer Sitzung des Kulturausschusses teilnehmen und habe dort erfahren, dass die CDU-Fraktion daran herumnölt, dass 50.000 € an bestimmten Stellen für innovatives Theater eingespart werden. Hier massive Einschnitte einzufordern, die zu Massenentlassungen führen würden, und draußen jeder Interessengruppe hinterher zu hecheln - das ist Heuchelei.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese beiden von Ihnen vorgeschlagenen Instrumente sind völlig untauglich, um in diesem Jahr 950 Millionen € zu erwirtschaften. Sie hätten heute die Chance gehabt, Herr Diegel, der interessierten Öffentlichkeit und damit auch uns einmal ein weiter gehendes Konzept vorzulegen, wie Sie denn diesen Haushalt tatsächlich gestalten wollen. Sie hätten heute, elf Monate vor der Landtagswahl, die Chance gehabt, Ihre Regierungsfähigkeit einmal unter Beweis zu stellen. Dabei haben Sie aber das Problem, dass Sie etwas beweisen müssten, was nicht vorhanden und deshalb nicht zu beweisen ist.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen wiederholen Sie hier gebetsmühlenartig Phrasen, die letztendlich nur darauf hinauslaufen, dass Sie sich als Oppositionsfraktion ins Nirwana der Unverbindlichkeit flüchten: Bloß nichts sagen, bloß nichts Konkretes vorschlagen! Das könnte ja zu Protesten und zu Dissens führen. Eine solche Auseinandersetzung wollen wir nicht führen, stattdessen sagen wir einfach lieber nur Nein zum vorgelegten Nachtragshaushalt. - Das ist letztendlich Ihre Strategie.

Ich will Ihnen, Herr Diegel, jetzt noch etwas zu Ihrem Wortbeitrag sagen. Wie hieß es da so schön: Die Sozialdemokraten gehören in die Opposition, und das wird - so sagten Sie sinngemäß - im Mai nächsten Jahres eintreten.

Ich glaube, dass Sie da, Herr Diegel, einer unglaublichen Naivität unterliegen, wenn Sie an-

nehmen, dass sich diese Fraktion, der Sie angehören und die es sich über Jahrzehnte in den kuscheligen Bänken der Opposition bequem gemacht hat,

(Helmut Diegel [CDU]: Die sind aber ganz schön hart!)

bewegt. Sie ist gelegentlich mal in Bewegung geraten, wenn es bei den Abstimmungen darum ging, mit Nein zu stimmen. Dann ist hin und wieder Bewegung in Ihren Schlafwagen geraten, mit dem Sie jetzt auf der Welle von Umfrageergebnissen glauben zur Macht zu fahren.

(Manfred Palmen [CDU]: Reden Sie zum Thema!)

Herr Diegel, das Einzige, was man immer feststellen kann, ist, dass in diese CDU-Fraktion Bewegung kommt, wenn um 17 Uhr die letzten Anwesenheitslisten ausgelegt werden und um 17:01 Uhr eine ganze Kohorte in die Tiefgarage stürzt, um nach Hause zu fahren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Gegenteil von Regierungsfähigkeit, Herr Diegel.

(Manfred Palmen [CDU]: Was ist denn bei Ihnen da drüben los?)

- Herr Palmen, wir sind immer noch viel mehr als Sie. Und das bleibt hoffentlich auch so!

Meine Damen und Herren, die wenigen Minuten, die Frau Walsken mir übrig gelassen hat, habe ich fast aufgebraucht. Insgesamt muss ich sagen: Dieser Nachtragshaushalt ist alternativlos, weil er, auch wenn es schmerzt, letztendlich keine andere Chance lässt, als die 950 Millionen € durch zusätzliche Kreditaufnahmen zu finanzieren. Die Opposition hat keine wirkliche Alternative vorgelegt. Das, was sie an Instrumenten glaubt benutzen zu können, führt zum Gegenteil, zu einer abflachenden Konjunktur und zu Entlassungen in Nordrhein-Westfalen. Sie werden verstehen müssen: Das werden wir nicht mittragen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Jäger. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Einiges, was hier von der Opposition gesagt worden ist, bedarf aus meiner Sicht zumindest in einigen Punkten einer

Gegenrede. Es ist klar: Wir brauchen einen Nachtragshaushalt; er ist notwendig. Wir haben das schon vor einiger Zeit gesagt. Es ist nicht so, dass er - wie hier teilweise dargestellt wurde - von uns negiert worden ist. Wir werden sicherlich auch weiterhin eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts haben. Das ist leider in diesem Jahr das Problem. Das ist bitter für die Koalition.

Aber eines ist auch klar: Die Opposition wäre in der gleichen Situation. Schauen wir einmal in andere Bundesländer, schauen Sie sich einmal die Situation in Rheinland-Pfalz an: Dort ist die Situation nicht besser, und die FDP, die hier ja immer tönt, ist dort mit in der Regierung. Betrachtet man andere Bundesländer, in denen die CDU regiert, erkennt man genau die gleiche Situation: Die öffentlichen Haushalte befinden sich in einer Schiefelage.

Gerade von der Opposition wird immer gepredigt, Konjunktur und Wirtschaftswachstum seien das Allheilmittel. Doch genau das hat sich nicht bewahrheitet. Es hat sich vielmehr gezeigt, dass die radikalen Marktbefürworter von FDP und CDU mit ihrer Politik gescheitert sind. Alles das, was dazu gesagt wurde, ist nämlich ad absurdum geführt worden. Es ist argumentiert worden: Allein wenn man alles privatisierte und alles der Wirtschaft überließe, hätten die öffentlichen Haushalte tatsächlich entsprechende Steuereinnahmen. - Aber in Zeiten wirtschaftlicher Situationen, wie wir sie im Moment haben, funktioniert genau das eben nicht. Das ist die Realität. Es wird höchste Zeit, dass sich die Opposition hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen dieser Realität endlich stellt.

Sie legen hier Vorschläge wie den Verkauf von Landesvermögen auf den Tisch. Wer, bitte schön, soll denn dieses Landesvermögen kaufen? Wer ist bereit, dafür Geld auszugeben, und das auch noch in den Größenordnungen, über die wir hier reden? Im Übrigen ist der Punkt: Strukturell bringt das doch keine Verbesserung.

Auch beim Personal ist die Situation nicht anders. Wir haben Personalkosten in einer Größenordnung von 42 % am Landeshaushalt. Sie fordern vonseiten der Opposition sogar immer noch mehr Landesbeamte. Sie werden niemals konkret und sagen, an welcher Stelle gestrichen werden soll. Sie fordern: Wir brauchen noch mehr Polizeibeamte, weil die Sicherheit bedroht ist. Wir brauchen mehr für Bildung. - Wir brauchen mehr, wir brauchen mehr, wir brauchen mehr - das ist Ihr Schlagwort.

Die Koalition hat sehr konkret zu einzelnen Punkten - wir haben den Schwerpunkt Bildung und

Schulen - eine ganze Menge mehr gemacht. Wir stellen auch Personal ein. Zum 1. August werden z. B. zusätzlich 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Wir stellen in diesem Jahr insgesamt 6.500 neue Lehrerinnen und Lehrer ein.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Das zeigt sehr deutlich, dass wir hier eine sehr vernünftige Politik, eine Politik mit Augenmaß betreiben.

Aber wir werden die Finanzprobleme, die wir hier in Nordrhein-Westfalen und die auch alle anderen Bundesländer haben, alleine nicht lösen können. Wir brauchen den Bund. Allein Sparen und Streichen hilft uns nicht weiter. Das ist auch eine Realität. Wir brauchen hier Mehreinnahmen, aber wir müssen auch über Subventionsabbau reden. Und gerade beim Stichwort Subventionsabbau sind Sie doch die größten Blockierer.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie haben doch alles verhindert, was dazu im Bundesrat eingebracht wurde und umgesetzt werden sollte. Das ist doch Ihre Politik. Sie setzen sich hier auf die Wartebank. Gut, die Wahlergebnisse sprechen natürlich im Augenblick für Sie. Aber es ist nicht so, dass Sie aus eigener Kraft und Stärke die Leute überzeugen können. Sie haben doch keine überzeugenden Konzepte. Es ist Realität, dass die SPD im Moment abgestraft wird. Aber die Leute wählen doch nicht Sie. Sie haben doch auch überall verloren, weil Sie eine so miserable Politik machen, weil Sie keine Konzepte haben und weil Ihnen die Menschen Zukunftsfähigkeit nicht zutrauen. Das ist die Realität.

Von daher kann ich nur sagen: Wir müssen natürlich auch auf die Bundespolitik schauen, wir müssen dafür sorgen, dass wir die öffentlichen Haushalte der Länder auch durch bundespolitische Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht bringen. Wir brauchen natürlich so etwas wie die Bürgerversicherung. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich zur solidarischen Bürgerversicherung aufstellen werden. Auch das Thema höhere Erbschaftsteuer wird ein Thema sein, das wir weiter voran bringen werden, auch auf Bundesebene. Das ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Wir halten natürlich auch daran fest, dass man grundsätzlich eine Besteuerung der Vermögenden in der Bundesrepublik einführen sollte. Auch da blockieren Sie.

Bei allen diesen Dingen, die tatsächlich dafür sorgen würden, dass wir bessere Haushalte bekommen, blockieren Sie. Ich höre von Ihnen nur: Wir müssen mehr Geld ausgeben, wir müssen Privatisierungsprozesse in Gang setzen. Gerade die

FDP ist da immer an erster Stelle. Auf der anderen Seite wollen Sie dann mit der Kürzung von Subventionen die Leute auf die Straße schicken. Das alles sind Dinge, die uns in der jetzigen Situation überhaupt nicht weiter bringen. Das ist aber die Politik, die Sie hier verfolgen. Diese Politik werden wir Ihnen schonungslos bis zum Landtagswahltag um die Ohren hauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin überzeugt, dass das bei den Bürgern noch ankommen wird, was Sie hier für eine Politik machen. Vorhin kam hier auf, die Grünen würden die SPD aussaugen, und wir wollten die CDU aussaugen. Wir haben das überhaupt nicht nötig. Ich kann Ihnen aber dazu etwas sagen: Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger mit der Politik, die Sie machen, aussaugen. Auch das ist Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie würden dafür sorgen, dass das soziale Ungleichgewicht noch viel massiver wird. Wir haben in diesem Haushalt sozial ausgewogen mit Augenmaß gekürzt. Das war notwendig. Aber von Ihnen habe ich dazu überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe von Ihnen keinen konkreten Vorschlag gehört, wie Sie eine Gegendeckung bringen wollen. Das ist die Realität. Mit dieser Politik werden Sie keinen Erfolg haben, und wir werden Ihnen das bis zum Wahltag um die Ohren hauen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Sagel. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dieckmann das Wort.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sollte Gelegenheit sein, das eine oder andere doch noch einmal aufzunehmen, was hier an leichten Stichworten insbesondere von der Opposition in den Raum gestellt worden ist.

Ich habe mich sehr gefreut, dass auch Stimmen der Opposition anerkennen, dass wir hier für Wachstum Verantwortung tragen. Den Aufschwung kann man auch kaputtsparen. Wir wollen das nicht. Wir wollen mit der bewährten Linie des Landes Nordrhein-Westfalen Wachstum fördern und gleichzeitig das Notwendige an Konsolidierung tun.

Herr Diegel, das haben Sie doch nun aktiv miterlebt. Sie fanden das nicht so gut - aber wir haben mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 einen sehr

beherzten Schritt zur Konsolidierung des Landeshaushalts getan. Das lassen wir uns von keinem streitig machen, von Ihnen schon gar nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Jahre 2004 ist das eine Größenordnung von über 2 Milliarden €. Sie haben die Größenordnung des Landeshaushalts zutreffend beziffert: etwas mehr als 48 Milliarden €. Ich glaube, das kann sich sehen lassen, auch angesichts der Zahlen, die Sie uns aus dem Freistaat Bayern vorgehalten haben.

Aber vernachlässigen Sie doch einmal Bayern, nehmen Sie die anderen Länder, auch die, wo Sie Verantwortung tragen! Jetzt kommen Sie mit Niedersachsen. Schauen wir uns doch einmal an, wie die Haushalte in Niedersachsen ---

(Zurufe von der CDU)

- Erblast, Erblast! Ich biete Ihnen dann Hessen an. Da ist es schwieriger mit der Erblast. Das sind gute fünf Jahre her. Dann müssen Sie einmal zeigen, was in Hessen denn anders ist als bei uns. Schöner ist es jedenfalls nicht.

Und damit das mit Bayern nicht unhistorisch geht: Ziemlich genau 36 Jahre hat Bayern von den Segnungen des Länderfinanzausgleichs profitiert, den wir, Nordrhein-Westfalen, maßgeblich mit alimentiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gehört zu jedem anständigen Vergleich, dass man ihn ceteris paribus durchführt, die Maßstäbe im Übrigen also unverändert lässt. Das ist hier eindeutig nicht der Fall.

Was ich bemerkenswert finde und was ich genossen habe, ist, dass Sie offensichtlich jetzt sogar Dokumente der Juso-Kongresse in Nordrhein-Westfalen studieren oder wahrscheinlich nur studieren lassen. Das ist ja ein bisschen "igitt" für Sie. Ich gehe dahin und habe dafür viel Zustimmung gefunden. Ich freue mich, wenn Sie da auch an Bord sind.

Jetzt kommen wir, meine Damen und Herren von der Union, zur Ausgabenseite, und da müssen Sie - verehrter Herr Dr. Linssen, auch Sie! - ein bisschen mitmachen, wenn es darum geht, konkrete Vorschläge zu machen. Herr Diegel hat auf Befragen ja heute eine Liste von Betreffs abgeliefert, zwölf Stück, zwölf Anträge. Aber er hat keinen einzigen Vorschlag gemacht - schon gar keinen, der uns in der akuten Notsituation des Jahres 2004 hilft. Wir haben im Haushalts- und Finanz-

ausschuss ja noch ein bisschen Zeit, darüber weiter zu diskutieren. Ich fordere Sie auf, mit konkreten Vorschlägen zum Personalhaushalt zu kommen.

Wissen Sie, was hier passiert? Herr Sagel hat das schon angedeutet: Hier an diesem Pult stehen Ihre fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher Schlange - meistens sind es ja Männer - und stellen hier zusätzliche Forderungen. Da kommen Herr Recker, Herr Kruse, Herr Uhlenberg. - Nein, Uhlenberg fordert mehr Sachmittel; er hat ja wahrscheinlich genug Forstbemate vor sich. - Aber in der Summe kann es Ihnen doch gar nicht personalintensiv genug gehen. Bringen Sie das doch einmal als konsistente Konsolidierungslinie zusammen, treten Sie dann hier an und kritisieren Sie die Landesregierung und die Koalition!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Den Gipfel stellt ja immer noch Ihr Fraktionsvorsitzender dar. Während wir hier konsolidieren, stellt er sich draußen zu den Demonstrationen und solidarisiert sich mit den Beamtinnen und Beamten. Das ist uns ja nicht leicht gefallen; mancher hätte auch Lust gehabt, sich dahin zu stellen. Aber so geht es nicht, meine Damen und Herren: Hier drinnen nach Konsolidierung rufen und draußen kleinen Schritten und mittleren Schritten mit Kritik begegnen. So geht das nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jetzt wende ich mich jetzt den Bemerkungen über die Einnahmen zu. Bei den Einnahmen, lieber Herr Diegel, haben wir ein großes Problem. Sie tun das alles so ab, als ob wir nur ein Ausgabenproblem hätten. Das ist ein Irrtum. Die öffentlichen Kassen sind ziemlich genau seit 1996/1997 von der Einnahmeseite her bedroht.

Was heißt das für uns? Das bedeutet, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2004 gegenüber 1999 um 3 Milliarden € geringer ausfallen. Angesichts dieser Fakten können Sie doch nicht behaupten, wir hätten kein Einnahmeproblem. Wo ist denn Ihr Blick für die Wirklichkeit?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist aber schon ein Fortschritt, dass heute nicht wieder neue Rufe - diese sind sonst in Ihrem Lager inflationär in Gebrauch - nach einer Steuerreform mit Entlastungen im Umfang von zweistelligen Milliardenbeträgen kamen nach dem Motto: Wir haben es ja! - Nein, meine Damen und Herren, wir haben es nicht. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Finanzierbarkeit öffentlicher Ausgaben und Aufgaben. Dafür treten wir gemeinsam an.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dass diese Finanzierbarkeit heute bedroht ist, liegt ganz entscheidend an Ihrer Mitwirkung in den Gremien des Bundesrates und des Bundestages. Ich lasse mich hier in puncto Konsolidierung nicht von denjenigen in Bedrängnis bringen, die große Mitschuld an der heutigen Situation auf der Einnahmeseite tragen.

Es war eine meiner ersten interessanten Tätigkeiten als Finanzminister dieses Landes, dass ich in den Gremien des Vermittlungsausschusses an den Beratungen zum Steuervergünstigungsabbaugesetz mitwirken konnte. Das ist etwas mehr als ein Jahr her.

Was hat sich da gezeigt? - Es gab einen Vorschlag der Bundesregierung, ausgearbeitet von Bundesfinanzminister Hans Eichel, in der Größenordnung von 12 bis 15 Milliarden €. Trotz der guten Zusammenarbeit zwischen Hessen und Nordrhein-Westfalen, der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück - da haben diese sich das erste Mal gefunden -, konnten wir allenfalls 4 bis 5 Milliarden € realisieren. Für das Delta von 10 Milliarden € tragen Sie, CDU, CSU und FDP, die Verantwortung. Daraus werden wir Sie nicht entlassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für die Zukunft werden wir in der Tat weitere Anstrengungen auf allen Ebenen und in allen Zusammenhängen unternehmen müssen.

Ich habe den Entwurf des Nachtragshaushalts mit Bedacht auf das Jahr 2004 beschränkt. Warum? - Es wäre heute nicht sachgerecht, eine verlässliche Aussage über die Entwicklung im Jahre 2005 zu treffen. Das möchte ich gerne zeitnäher machen, und ich glaube, das ist auch gut so.

Wir werden im Übrigen den Haushalt 2005 als einen selbstständigen Haushalt ansehen können, so wie er sich auch haushaltsrechtlich als ein selbstständiges Gesetz darstellt.

Ich kann Ihnen allerdings, Frau Freimuth, sagen, dass wir Schulden abbauen werden, sobald sich die Wirtschaft erholt hat und die Steuereinnahmen wieder fließen. Sie kennen dieses Versprechen des Ministerpräsidenten, und ich trete ihm bei und wiederhole es hier mit seiner Billigung: Ehestens werden wir darangehen, die Verbindlichkeiten zu erfüllen, die wir jetzt eingehen.

In diesem Zusammenhang will ich einen weiteren Versuch der Geschichtsklitterung aufdecken. Herr Diegel hat vorhin verkündet - man kann das nachlesen, weil die Rede inzwischen verteilt ist -: Hier

wird keine Vorsorge getroffen. - Herr Diegel vernachlässigt immerhin über 128 Millionen €, die im Haushalt 2004 stehen.

(Manfred Palmen [CDU]: Das sind gesetzliche Rücklagen; die müssen Sie bilden!)

- Ja eben. Aber dann kann man doch nicht sagen, das Land würde keine Vorsorge treffen. Lieber Herr Palmen, Entweder-oder: Entweder ist A auch A oder A ist B. A ist bei mir A. Wir treffen also Vorsorge. Wir führen das ab für die Aktiven, wir führen das ab für die Versorgungsempfänger, und wir profitieren im Landeshaushalt auch von der Übernahme der Rentenkürzungen auf die Beamtenvergütung, sodass wir da das Notwendige tun.

Ich fasse die Linie der Landesregierung und der Regierungskoalition, wie ich sie Ihnen beschrieben habe, noch einmal zusammen: Sie ist richtig. Sie ist sachgerecht. Sie ist bei Licht besehen - das hat die heutige Beratung bestätigt - auch ohne Alternative. Wir haben hier zeitgerecht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Steuerschätzung einen Nachtragshaushalt erarbeitet, der heute eingebracht worden ist. Ich bitte darum, diesen zügig zu beraten.

Lassen Sie mich das abschließend sagen, Herr Diegel, damit auch das gerade gerückt ist: In der Beratung im Mai, die Sie ansprechen, hat keiner einen Nachtragshaushalt abgelehnt.

Wir haben allerdings Ihre kruden Verdächtigungen zum Landesfinanzausgleich zurückgewiesen. Sie haben ununterbrochen über den Nachtragshaushalt geredet. Ich habe mir eben noch einmal angesehen, was ich da ausgeführt habe. Ich habe den Präsidenten um Genehmigung gebeten, zur Sache sprechen zu dürfen, weil Sie in der Sprache der Lehrerinnen und Lehrer nur mit dem Prädikat "Thema verfehlt" belegt worden wären. Sie haben ohne Not zu einem vollkommen falschen Zeitpunkt über einen Nachtragshaushalt geredet. Von daher ist das hier der richtige Zeitpunkt, das zu diskutieren. Das wird so stattfinden, und das ist gut so. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Stahl das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu dem Antrag, den wir hier stellen, kurz begründen, warum wir der Auffassung sind, dass der Nachtragshaushalt der

Mitbeteiligung der betroffenen Fachausschüsse bedarf.

Vorher will ich, Herr Minister, einige wenige Bemerkungen zu dem machen, was Sie am Schluss gesagt haben. Was soll man von Ihrem Versprechen halten, die Schulden des Landes zu reduzieren, wenn es uns wieder besser ginge? Das haben Sie und Ihr Vorgänger uns jetzt zum vierten oder fünften Mal versprochen. Den, dem Sie das noch weismachen wollen, müssen Sie mir in Nordrhein-Westfalen zeigen.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Bemerkung. Sie sagen: Wir wollen jetzt nicht sparen, weil wir durch Reduktion unserer Nettokreditaufnahme Wachstum und Beschäftigung gefährden würden. - Glauben Sie, dass das noch irgendeiner draußen glaubt? Das bewegt sich volkswirtschaftlich doch im Promillebereich. Sie sind unfähig, Einsparungen zu erzielen, und haben dann noch den Anspruch, Sie würden damit irgendetwas für die Konjunktur bewegen. Das ist lächerlich!

Dritte und letzte Bemerkung. Die Erwartung, dass wir alle Ihnen helfen, dass Ihnen im Vermittlungsausschuss des Deutschen Bundestages geholfen werde, Löcher zu stopfen, die Fässer ohne Boden sind und bei denen überhaupt nicht absehbar ist, dass da irgendwann einmal ein Grund eingezogen wird, diese Erwartung können Sie als politischer Profi doch nicht wirklich ernsthaft hegen. Das Geld, das Sie zusätzlich hätten, würde wiederum irgendwo verschwinden.

Notwendig ist eine vernünftige Steuerreform. Notwendig ist eine Reform der Arbeitsmärkte. Dann geht es in Deutschland weiter, aber nicht, wenn man immer neues Geld in immer neue Löcher versenkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte jetzt begründen, warum der Nachtragshaushalt auch in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden soll. Es geht nicht nur um die zusätzliche Nettokreditaufnahme von 1 Milliarde €, die Sie vorsehen, sondern es geht auch um eine ganze Menge fachlicher Aspekte.

Es geht etwa darum, ob und warum jetzt im Einzelplan 14 zusätzliche Mittel für Darlehensrückflüsse an den Bund vorgesehen werden müssen. Es geht darum, wie sich das Kostenmodernisierungsgesetz auf verschiedenste Bereiche auswirken wird und worauf die Veränderungen zurückzuführen sein werden. Es geht um die Frage der Rechtsqualität der Erläuterungen zu den Mitteln zukünftiger Steinkohleförderung durch das Land

insbesondere ab dem Jahre 2009. Es geht darum, wo Sie die globalen Minderausgaben, die Sie noch nie erwirtschaftet haben, zusätzlich ausbringen wollen.

Das sind doch spannende Fragen für die Ausschüsse. Beim letzten Verfahren ist kräftig darum gerungen worden. Das wollen Sie jetzt möglicherweise abschneiden. Wir beantragen aus diesem Grund die Mitberatung dieses Nachtragshaushalts auch durch die zuständigen Fachausschüsse und bitten Sie, um die Rechte des Parlamentes nicht zu verkürzen, um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Stahl. - Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Frau Kollegin Gödecke das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird sicherlich niemanden verwundern, dass die Koalitionsfraktionen diesem Begehren der CDU-Fraktion nicht zustimmen werden. Wir beantragen, dabei zu bleiben, den Nachtragshaushalt ausschließlich dem Haushalts- und Finanzausschuss und nicht 15 weiteren Ausschüssen zu überweisen.

Neben der parteipolitischen Strategie, die zugegebenermaßen legitim, aber genauso durchschaubar ist, hat sich die inhaltliche Notwendigkeit des Antrags der Fraktion der CDU auch durch Ihren Redebeitrag, Herr Stahl, nicht zwingend erschlossen. Mir - wie auch einer ganzen Reihe von Kolleginnen und Kollegen - ist nicht klar geworden, warum bestimmte Ausschüsse mitberaten sollen. Gerade bei den Beispielen, die Sie angesprochen haben, haben mir die Fachleute noch einmal bestätigt, dass es sich um Rechtsverpflichtungen des Landes handelt, über die man gar nicht großartig fachpolitisch diskutieren kann.

Umgekehrt gibt es aus unserer Sicht aber durchaus einen Grund dafür, warum wir uns bei der Überweisung auf den Haushalts- und Finanzausschuss beschränken sollten.

(Manfred Palmen [CDU]: Wahrscheinlich die Sommerferien!)

- Das könnte für Sie ein Grund sein. Das ist aber für uns kein Grund. Vielleicht sollte ich den geneigten Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Tribüne Ihren Zwischenruf einmal wiederholen, weil er deutlich macht, mit welchem Grundverständnis Sie hier an die Debatte zum Nachtragshaushalt

und an die Frage, an wen man ihn überweist, herangehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Zwischenruf lautete, dass die SPD wahrscheinlich nur den Grund der Sommerferien kenne. Dazu braucht man, wie ich glaube, gar nichts mehr zu sagen.

Nein, der Grund, der für uns ausschlaggebend ist, ist ein ganz anderer. Der Nachtragshaushalt enthält termingebundene Leistungen. Deshalb drängen wir - das ist im Vorfeld bekannt gewesen - auf eine zügige Beratung und auf eine zügige Verabschiedung, denn es wird ohnehin schon schwierig, diese Termingebundenheit fristgerecht einzuhalten.

Bevor Sie mich wieder durch einen Zwischenruf unterbrechen, möchte ich darauf hinweisen: Mir ist durchaus bewusst, dass es kein zwingender, aber ein hinreichender Grund ist. Es gibt andere haushaltswirtschaftliche Instrumentarien, aber genau die stehen in der Dauerkritik der Opposition.

(Glocke)

Das sind Instrumentarien wie z. B. die überplanmäßigen Ausgaben.

Es soll also, wie vom Ältestenrat verabschiedet, dabei bleiben: Ausschließliche Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, den ich als Parlamentarische Geschäftsführerin meiner Fraktion sehr bewusst nennen möchte. Ich möchte ihn unter der Überschrift "Fürsorgepflicht" zusammenfassen.

Wer sich hier an das Rednerpult stellt - wie die Rednerinnen und Redner der Opposition - und Behauptungen in die Welt setzt, die jeglicher Grundlage entbehren - das wissen Sie - und kurz zusammengefasst lauten, die SPD wolle mit diesem Nachtragshaushalt elf Monate vor der Landtagswahl ein eigenes Sozialministerium in Nordrhein-Westfalen einrichten, und wer auf dieser selbst gesetzten Behauptung eine Argumentationskette aufbaut vom notwendigen Pförtner bis zum Staatssekretär, von der Kollegin, die putzen wird, bis zur Ausgabe für das notwendige Papier und daraus den Schluss zieht, es entstünden eine Fülle zusätzlicher Kosten, macht etwas, was ich einfach perfide finde.

Ihr Fazit lautete - das ist nachlesbar -: Die SPD gibt das Geld mit diesem Nachtragshaushalt mit vollen Händen aus, mittlerweile durch den Koalitionspartner unterstützt, und täuscht die Bürger.

Herr Kollege Stahl, wer das tut, führt Bürgerinnen und Bürger in die Irre, denn sie kennen im Unterschied zu uns nicht die Tatsachen im Nachtragshaushalt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Gödecke, ich muss Sie einmal unterbrechen. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie können zur Geschäftsordnung sprechen, aber nicht zur Sache.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident, ich bin gerade dabei und habe noch zwei Sätze anzufügen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Er täuscht die Bürgerinnen und Bürger und erzählt einen solchen Unfug - Unfug ist die moderne Übersetzung für das Wort Bullshit -, dass ich es aus meiner Fürsorgepflicht heraus überhaupt nicht zulassen kann, dass das auch noch in 15 weiteren Fachausschüssen passiert. Das müssen wir leider auf den Haushalts- und Finanzausschuss beschränken. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Gödecke. - Für die FDP-Fraktion erhält jetzt Frau Thomann-Stahl zur Geschäftsordnung das Wort.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion hat sich im Ältestenrat dafür eingesetzt, diesen immerhin fast 100 Seiten dicken Nachtragshaushalt - Frau Kollegin Gödecke - an die betroffenen Ausschüsse zu überweisen. Wir sind der Auffassung, dass es den Kollegen in den Fachausschüssen ermöglicht werden muss und vom Zeitaufwand her auch ermöglicht werden kann, diesen Nachtrag zu beraten.

Der Minister hat ja eben noch darauf hingewiesen, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss genügend Zeit haben, darüber zu sprechen. Das heißt doch, dass wir auch in den Fachausschüssen darüber sprechen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir als FDP sind also ebenfalls der Auffassung, dass dieser Nachtragshaushalt in den Fachausschüssen beraten werden muss. Sie trauen sich nur nicht, sich vor dem Fachpublikum fachlich mit Ihren Entscheidungen auseinander zu setzen. Das ist der Grund, warum der Nachtragshaushalt

nur im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert werden soll. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es liegt uns der Antrag von CDU und FDP vor, den von uns gerade diskutierten Gesetzentwurf entgegen der Empfehlung des Ältestenrates nicht nur an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen, sondern zur Mitberatung außerdem an folgende Ausschüsse:

an den Hauptausschuss, den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Migrationsangelegenheiten, den Sportausschuss, den Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

(Zurufe)

- Ich bitte um etwas Ruhe. Wir sind im Abstimmungsverfahren.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen demgegenüber, so, wie im Ältestenrat ursprünglich vereinbart, den Gesetzentwurf nur an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Der Antrag von CDU und FDP ist der weiter gehende, über den deshalb zuerst abzustimmen wäre. Widerspruch regt sich nicht, deswegen können wir so verfahren.

Dann lasse ich zunächst über den weiter gehenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP abstimmen, und zwar auf **Überweisung des Gesetzentwurfes** federführend an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie zur Mitberatung an die eben aufgeführten **Fachausschüsse**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag von CDU und FDP mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

gegen die Stimmen von CDU, FDP und die Stimme des fraktionslosen Kollegen Karsli **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** nur an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und die Stimme des fraktionslosen Kollegen Karsli sowie bei einigen Stimmenthaltungen **angenommen**.

(Unruhe)

Wir kommen zu:

3 Baukultur in Nordrhein-Westfalen bewahren und entwickeln: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5421

In Verbindung damit:

Bericht zur Städtebauförderung und zur städtebaulichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5497

Und:

Landesregierung muss eine Evaluierung des Grundstücksfonds NRW herbeiführen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5498

Sowie:

Stadterneuerungsförderung muss sich neuen Herausforderungen stellen: Modellversuche für eine kommunale Budgetierung der Stadterneuerungsmittel in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5499

Ich eröffne die Beratung, erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Schulte das Wort und darf gleichzeitig um etwas mehr Ruhe im Plenum bitten.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute einen ganzen Block städtebaulicher Anträge zu beraten, und ich freue mich ausdrücklich über das „überragende“ Interesse der Landesregierung, das nicht nur durch die Abwesenheit des zuständigen Ministers, sondern auch darüber hinaus deutlich dokumentiert wird.

(Ministerin Hannelore Kraft: Er wird vertreten, keine Angst!)

Meine Damen und Herren, die demographische Entwicklung und die anhaltende Stadtfucht markieren für große Teile urbaner Landschaften in Nordrhein-Westfalen ein Ende der Stadterweiterung und der Stadtausweitung. Stadtumbau ist das Gebot der Stunde. Wir haben unsere Vorstellungen zum Stadtumbau in einem Antrag niedergeschrieben, der am 13. Juli in größerem Umfang Gegenstand einer öffentlichen Anhörung sein wird.

In der Enquetekommission „Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“ haben alle Fraktionen gemeinsam die langfristigen Erfordernisse des Stadtumbaus beschrieben. Ich gehe davon aus, dass das, was in der Enquetekommission „Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“ gemeinsam für richtig erkannt worden ist, in der praktischen Umsetzung in Form von Anträgen nicht falsch sein kann.

Das beziehe ich sowohl auf unseren Antrag zur Baukultur, auf den Antrag zum Berichtswesen zur städtebaulichen Entwicklung, auf die Mittelbudgetierung und auf den Grundstücksfonds. Ich gehe davon aus, dass vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Erkenntnisse in der Enquetekommission eine sehr sachbezogene Erörterung dieser Anträge im zuständigen Ausschuss möglich sein wird.

Meine Damen und Herren, wir stehen in allen Städten und Gemeinden des Landes vor der konkreten Situation, dass sich die Alterspyramide umdreht. Diese Tatsache und der absehbare Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen lassen den richtigen Zeitpunkt erkennen, um neue Konzepte vorzustellen, neue Konzepte zu entwickeln und von ausgefahrenen Wegen abzuweichen, und zwar sowohl in der Wohnungsbaupolitik als auch in der Stadterneuerungspolitik.